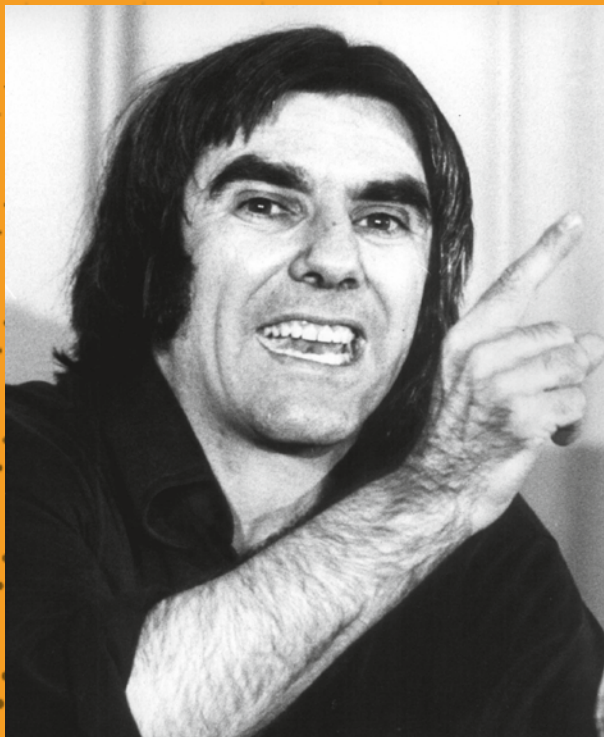




DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



1968

50 Jahre danach

Inhalt

Meldungen, Kommunalwahl 2018	2 – 5
1968 – 50 Jahre danach	6 – 13
Ereignisse eines Jahres im Lande und weltweit	6
Im Rückblick: der Schah-Besuch 1967 als Startpunkt der Proteste	8
Abgeordnete des Jahrgangs 1968 – „echte“ 68er?	9
1968 als Streitpunkt im Landtag Diskussion über Gedenkkultur	10
Multikulti: Shishas, Drogenprävention, Christopher Street Day	11
1968 und „Neue Rechte“ – Gespräch mit dem Politikwissenschaftler Tobias Adler-Bartels	12
Minderheiten:	
Landtagsdelegation in Südtirol	14
Grenzzubiläum 2020, Notplan für das Friesische	15
Leichte Sprache: Teilhabe-Gesetz, Fonds für Barriere-Freiheit	16
Im Zentrum: Haushalt 2018 im Schatten der HSH Nordbank	18 – 19
Plenum	20 – 23
Führerschein ab 16	20
Gratis-Buchleihe, Marschbahn	21
Waffenbesitz und Kontrollen	22
Diesel-Fahrverbot, Justizgesetz	23
Ausschüsse	24 – 26
Umwelt: Argumente pro und kontra Glyphosat	24
Bildung: Zulassung zum Medizinstudium	25
Innen und Europa: „Jugend im Landtag“, Kürzungspläne der EU	26
Parlamentarischer Untersuchungsausschuss	27 – 30
Landtag richtet PUA ein	27
Historiker Erdmann über die Ausschüsse zur Heyde/Sawade-Affäre	27
Die Seite für das Ehrenamt	31
Personalien	32
Bücherecke, Impressum	33
Im Porträt: Kerstin Metzner (SPD), Andreas Hein (CDU)	34
Ins Bild gerückt: zu Besuch im Landeshaus	35
Termine, Termine, Termine	36

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

unsere Titelseite zeigt zwei Hauptdarsteller des Schlüsseljahres 1968. Der Studentenführer Rudi Dutschke forderte einen radikalen Umbau der bundesdeutschen Gesellschaft. Doch vielen Menschen stand der Sinn nach Harmonie. Das personifizierte der damals 13-jährige Schlagersänger Heintje, der drei der größten Hits des Jahres verzeichnete („Mama“, „Du sollst nicht weinen“, „Heidschi Bumbeidschi“). Heute, 50 Jahre danach, wird vielfach Bilanz gezogen. War der Aufbruch der Studenten von 1968 ein gesellschaftlicher Modernisierungsschub oder ein Irrweg? Wir blicken in diesem Heft zurück, sammeln Stellungnahmen und beleuchten, wie der Zeitgeist von damals auch aktuelle Debatten im Landtag prägt. Der Politikwissenschaftler Tobias Adler-Bartels beschreibt zudem Zusammenhänge und Gegensätze zwischen der 68er-Bewegung und der heutigen „Neuen Rechten“. Der Landtag will mit einem Untersuchungsausschuss die „Rocker-Affäre“ aufklären. Es ist der 28. „PUA“ in seiner Geschichte. Einer der spektakulärsten befasste sich ab 1959 mit dem ehemaligen SS-Arzt Werner Heyde, der jahrelang in Schleswig-Holstein untertauchen konnte. Der Kieler Historiker Dr. Ulrich Erdmann arbeitet den Fall auf.

Viel Spaß beim Lesen und ein schönes Frühjahr wünscht

Ihre Redaktion

Der Landtag steht zu seiner „Gorch Fock“

Bei einem Besuch auf der Bremerhavener Bredo-Werft hat Landtagspräsident Klaus Schlie die enge Verbindung des Landtages mit seinem Patenschiff „Gorch Fock“ unterstrichen. Das Segelschulschiff wird seit zwei Jahren in der Werft grundüberholt und soll Anfang 2019 wieder einsatzbereit sein. „Wir, der Landtag, sind unserem Patenschiff innigst verbunden – auch, wenn es gerade nicht im Wasser ist“, sagte Schlie Anfang März vor Angehörigen der Stammbesetzung.

Nach derzeitigem Stand könnten die Kosten für die Sanierung der Dreimastbark von zunächst geplanten 10 Millionen Euro auf 135 Millionen Euro steigen. Vor diesem Hintergrund ist eine Diskussion entbrannt, ob der Betrieb eines inzwischen 60 Jahre alten Segelschiffs noch zeitgemäß ist. Schlie bezog hier eindeutig Position: „Die ‚Gorch Fock‘ ist unabdingbar notwendig für die Marine und ihre Offiziersausbildung.“ Das Schiff sei zudem „ein Botschafter Deutschlands“ in den Häfen der Welt. Der Landtag hat 1982 die Patenschaft für die „Gorch Fock“ übernommen und pflegt seitdem enge Kontakte zu Schiff und Besatzung.



Eingerüstet und entkernt: die „Gorch Fock“ in der Werft





Schlie dankt engagierten Helfern

Landtagspräsident Klaus Schlie (li.) hat sich Ende Januar beim traditionellen Grünkohlessen bei Polizei, Bundeswehr, Katastrophenschutz, Feuerwehr, Zoll und Bundesfreiwilligendienst für deren Einsatz bedankt. Rund 300 Gäste kamen zu dem Empfang, der in diesem Jahr im Zeichen des G20-Gipfels stand. Das Treffen im Juli 2017 habe besonders viele Polizeikräfte, aber auch viele ehrenamtliche Helfer gefordert, hob der Parlamentspräsident hervor: „Das Thema Sicherheit wird von Tag zu Tag wichtiger. Deshalb gebührt denjenigen, die in unserem Land – ob als haupt- oder ehrenamtlicher Helfer – für Sicherheit sorgen, ein besonderer Dank.“ Das Demonstrationsrecht sei ein wichtiges Grundrecht, „aber es darf nicht zu solch chaotischen Zuständen führen, wie es in Hamburg der Fall war“.

CETA: Kein Volksbegehren

Der Landtag hat im Januar mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen den Antrag der Volksinitiative „SH stoppt CETA“ abgelehnt. AfD und SSW unterstützten die Initiative, die SPD enthielt sich. Die Initiative wollte die Landesregierung verpflichten, sich im Bundesrat für eine Ablehnung des europäisch-kanadischen Freihandelsabkommens (CETA) einzusetzen. Auch die Grünen stimmten gegen den Vorstoß der Initiative, obwohl sie inhaltlich deren Meinung teilen.

„SH stoppt CETA“ erreiche aber trotzdem ihr Ziel, so der Grünen-Abgeordnete Rasmus Andresen, weil das Land im Bundesrat auch nicht zustimmen werde: „Wir ziehen die Enthaltungskarte.“ Der Koalitionsvertrag von CDU, Grünen und FDP sieht bei Uneinigkeit eine Enthaltung in der Länderkammer vor. Das kommt einer Ablehnung gleich, weil im Bundesrat bei jeder Abstimmung eine absolute Mehrheit von 35 der 69 Stimmen nötig ist. Vor diesem Hintergrund haben die Initiatoren Mitte Februar erklärt, dass sie trotz der Ablehnung durch den Landtag kein Volksbegehren und keinen Volksentscheid anstreben: Das Ziel sei „hinreichend erfüllt.“

„SH stoppt CETA“ hatte im vergangenen Mai 21.000 gültige Unterschriften gegen das Freihandelsabkommen eingereicht. Das Europaparlament hatte CETA im Februar 2017 zugestimmt. Damit es vollständig in Kraft treten kann, fehlt noch die Zustimmung der Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten. Die Gegner des Abkommens befürchten negative Folgen für den Verbraucherschutz sowie für Umwelt- und Sozialstandards.

Weitere Volksinitiativen auf dem Weg

Mitte Januar hat ein Bündnis aus Sozialverband und Mieterbund eine Volksinitiative mit dem Ziel angekündigt, das Recht auf angemessenen Wohnraum in der Landesverfassung zu verankern. Eine weitere Initiative wird vom Umweltschutzverband B.U.N.D., der Schutzstation Wattenmeer und der Piratenpartei getragen. Die Partner fordern ein Landesgesetz gegen die Öl- und Gasförderung mittels der umstrittenen Fracking-Methode. Das bereits bestehende Bundesgesetz bietet nach Auffassung der Initiative keinen ausreichenden Schutz der Umwelt.

Wortwörtlich

„Die eigentliche Arbeit fängt jetzt erst richtig an, denn zukünftig wird es darum gehen, den Reformationstag jedes Jahr lebendig zu halten und ihn mit Inhalten auszufüllen.“

(Tobias Koch, CDU)

• • • • •

„Der Reformationstag als gesetzlicher Feiertag sollte auch über seine religiöse Bedeutung hinaus die Gelegenheit dazu schaffen, die mit der Reformation ebenfalls verbundenen kritischen Aspekte in den gesellschaftlichen Diskurs zu stellen, und das interreligiöse Leben in Deutschland reflektieren.“

(Özlem Ünsal, SPD)

• • • • •

„Diejenigen, die wollen, können den Tag zur religiösen Feier und Einkehr verwenden. Alle anderen können sich vor dem Stress der Adventszeit nochmal eine Auszeit gönnen. Oder sich den ganzen Tag auf alle Halloweenfeiern vorbereiten.“

(Eka von Kalben, Grüne)

• • • • •

„Endlich findet diese Polit-Posse ein gutes Ende. Warum brauchen CDU, Grüne, FDP und SPD fast ein dreiviertel Jahr dafür, den Reformationstag als neuen Feiertag zu beschließen, wenn die AfD diesen schon im Sommer 2017 beantragt hat?“

(Claus Schaffer, AfD)

• • • • •

„Die Grünen wollten in gar keinem Fall einen kirchlichen Feiertag und hätten am liebsten den Weltfrauentag gehabt. Rausgekommen ist natürlich das genaue Gegenteil. Schon Luther hat gesagt: ‚Die größte Ehre, die das Weib hat, ist allemal, dass die Männer durch sie geboren werden.‘ Okay, dann feiern wir eben das, liebe Grüne. Aber meins ist das nicht!“

(Lars Harms, SSW)

• • • • •

„Schleswig Holstein hatte bisher nur neun, Bayern 13 und regional bis zu 15 Feiertage. Es wurde eine Gerechtigkeitsdebatte, dabei sollten wir eher eine Debatte führen, wie wir bei Bildung und Wirtschaftskraft mit Bayern mithalten.“

(Christopher Vogt, FDP)

”

Aus der Debatte

am 22. Februar über die Einführung des 31. Oktobers, des Reformationstages, als gesetzlichen Feiertag in Schleswig-Holstein.

Lennert und Luise debattierten mit „analytischem Durchblick“

Lennert Möllgaard (15) von der Theodor-Storm-Schule in Husum und Luise Habeck (14) vom Friedrich-Schiller-Gymnasium in Preetz sind die Gewinner von „Jugend debattiert“ 2018. Die beiden überzeugten die Jury Mitte März beim Landesfinale im Plenarsaal des Landeshauses mit ihren Redekünsten.

Lennert (u. re.) und Luise (o. re.) setzten sich in ihren Altersgruppen nach Überzeugung der Jury mit „analytischem Durchblick“ und „beindruckender Genauigkeit“ jeweils gegen drei Mitbewerber durch. In der Altersgruppe I (Klassen 8 bis 10) debattierte Luise mit den anderen Finalisten darüber, ob retuschierte Model-Fotos in Deutschland, so wie in Frankreich, gekennzeichnet werden sollten. Das Los wies ihr die Kontra-Position zu. Lennert setzte sich in der Altersklasse II (Klassen 11 bis 13) gegen die Konkurrenz durch. Debattiert wurde über die Frage, ob Nicht-EU-Ausländer, die dauerhaft in Deutschland leben, bei Kommunalwahlen wählen dürfen sollten. Der 15-jährige argumentierte dafür.

Lennert und Luise sowie die beiden Zweitplatzierten, Friederike Voß von der Stormarnschule Ahrensburg und Lennart Geiges vom Ludwig-Meyn-Gymnasium Uetersen, fahren im Juni zum Bundesentscheid nach Berlin.



Korrektur: Anderer Bahnanbieter

In der Dezember-Ausgabe haben wir auf Seite 25 gemeldet, dass Züge der AKN auf der wiedereröffneten Bäderbahnlinie Kiel – Schönberger Strand unterwegs seien. Das stimmt nicht. Die Züge stammen von der DB Regio, die AKN betreibt die Infrastruktur. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

Regierung muss Parlament enger einbinden

Der Landtag hat, wie in der Frühphase jeder Wahlperiode üblich, das Parlamentsinformationsgesetz überarbeitet. Die Vorgaben, wann die Landesregierung die Volksvertretung unterrichten muss, wurden im März schärfer gefasst.

So muss die Regierung die Abgeordneten „angemessen“ beteiligen, wenn das Land einen Staatsvertrag mit anderen Bundesländern oder Institutionen plant. Der fertige Text muss dem Landtag vier Wochen vor der geplanten Unterzeichnung vorliegen. Sollte der Bund Landeskompetenzen an die EU abtreten wollen, muss eine rechtzeitige Information erfolgen. Auch an den Beratungen im Bundesrat will der Landtag eng beteiligt werden – ebenso an Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, die das Land auf Betreiben des Landtages anstößt. Sollte die Landesregierung im Bundesrat anders abstimmen als vom Parlament gewünscht, muss die Regierung die „maßgeblichen Gründe“ rechtzeitig darlegen.

Fördergeld für Kulturprojekte

Lokale und regionale Kulturprojekte können sich noch bis zum 31. Mai um Geld aus einem Fördertopf des Bildungsministeriums bewerben. Darauf hat Kulturministerin Karin Prien (CDU) in der Februarsitzung hingewiesen. Die EU hat 2018 zum „Europäischen Jahr des Kulturellen Erbes“ ausgerufen. Unter dem Motto „Sharing Heritage – Kulturelles Erbe teilen“ sollen „alle öffentlichen und privaten Träger, Bewahrer und Vermittler des Kulturellen Erbes“ angesprochen werden, so Ministerin Prien. Das Land hat 100.000 Euro für diesen Zweck reserviert. Im Fokus soll das deutsch-dänische Grenzgebiet stehen. Aber auch andere Regionen haben es bereits auf die Liste geschafft, etwa die Projekte „Archäologie und Stadtplanung in Lübeck“ oder „Emil & die Detektive – Transmedia-Storytelling am Beispiel eines Kieler Straßenzugs“.

Tipps für das Zusammenleben in Flüchtlingsheimen

Der Flüchtlingsbeauftragte Stefan Schmidt hat Anfang März eine Broschüre mit Ratschlägen veröffentlicht, wie Städte und Gemeinden das Zusammenleben von Flüchtlingen in ihren Unterkünften verbessern können. Die „Empfehlungen zum partizipativen Gewaltschutz für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten in den Kommunen Schleswig-Holsteins“ berücksichtigt, dass sich das Leben in einer solchen Unterkunft stark von einem normalen Mietverhältnis unterscheidet, wie Schmidt betont: „Mehrfach belegte Zimmer, anonyme Sanitäreinrichtungen und mangelhafte Gemeinschaftsflächen belasten jeden Menschen.“ Kämen Traumata, Unsicherheiten im Aufnahme-land und Angst um die Familie im Herkunftsland hinzu, entstünden prekäre Lebenssituationen, die das Zusammenleben in besonderem Maße herausforderten.

Auch Gewalt könne eine Folge der sozialen Probleme sein. „Gewalt ist keine Frage der Herkunft, sondern ein soziales Problem, das in einer Unterkunft noch verschärft wird“, so Schmidt. In Schleswig-Holstein leben derzeit etwa 9.000 Geflüchtete in 300 Unterkünften, die durch Städte und Ämter errichtet wurden.

Die Broschüre kann bestellt werden beim Flüchtlingsbeauftragten, Karolinenweg 1, 24105 Kiel, Tel.: 0431/988-1291, Mail: fb@landtag.ltsh.de

Es bleibt dabei: keine Sperrklausel

Auch bei der Kommunalwahl am 6. Mai gibt es keine Sperrklausel, die den Einzug kleinerer Parteien in Ratsversammlungen und Kreistage verhindern könnte. Die SPD hat im Dezember ihren Gesetzentwurf zurückgezogen, mit dem sie eine 2,5-Prozent-Hürde ins Kommunalwahlrecht einziehen wollte. Die Sozialdemokraten hatten bemängelt, dass sich die gestiegene Zahl kleinerer Fraktionen nachteilig auf die Arbeitsfähigkeit der Kommunalgremien ausgewirkt habe.

Grund für den Rückzieher der SPD ist ein Urteil des Landesverfassungsgerichts Nordrhein-Westfalen. Die Richter haben die dortige Sperrklausel für verfassungswidrig erklärt. Sie führe zu einer Ungleichbehandlung der Wählerstimmen. Eine Eingangshürde für Parteien sei nur zu rechtfertigen, wenn die Funktionsfähigkeit der Kommunalvertretungen ansonsten gestört wäre. Dies sei aber nicht der Fall, nur weil kleine Parteien oder Einzelbewerber die Mehrheitsfindung erschweren könnten.

Die Münsteraner Richter schlossen sich damit der Argumentation des Bundesverfassungsgerichts an. Karlsruhe hatte die damalige Fünf-Prozent-Hürde im schleswig-holsteinischen Kommunalwahlrecht im Jahr 2008 für nichtig erklärt. Damals argumentierten die Richter ähnlich: Anders als Landtage oder der Bundestag stützten Kommunalvertretungen keine Regierungen. Deswegen seien stabile Mehrheiten dort nicht so wichtig.

Kommunalwahl 2018

Entscheidung vor Ort, Stimmungstest fürs Land

Erst das Land, dann der Bund, nun die Kommunen: Schleswig-Holstein wählt am Sonntag, den 6. Mai, Gemeindevertretungen, Stadtversammlungen und Kreistage. Ein Jahr nach der Landtagswahl mit dem Regierungswechsel von SPD, Grünen und SSW hin zu Jamaika mit CDU, Grünen und FDP wird der Urnengang einen Aufschluss auf die politische Stimmung im Norden geben – auch wenn lokale Themen im Zentrum stehen.

Bei Urnengängen auf kommunaler Ebene gab es zuletzt Aufwind für die Sozialdemokraten. Sie verteidigten im November den Bürgermeisterposten in Lübeck und eroberten das Norderstedter Rathaus von der CDU. Im März waren sie auch in Stockelsdorf (Ostholstein) erfolgreich.

Bei der vorherigen Kommunalwahl im Jahr 2013 hatten jedoch die Christdemokraten landesweit klar die Nase vorn. Sie gewannen alle elf Landkreise, dazu die kreisfreien Städte Flensburg und Neumünster. Nur in Kiel und Lübeck lag die SPD in Front.

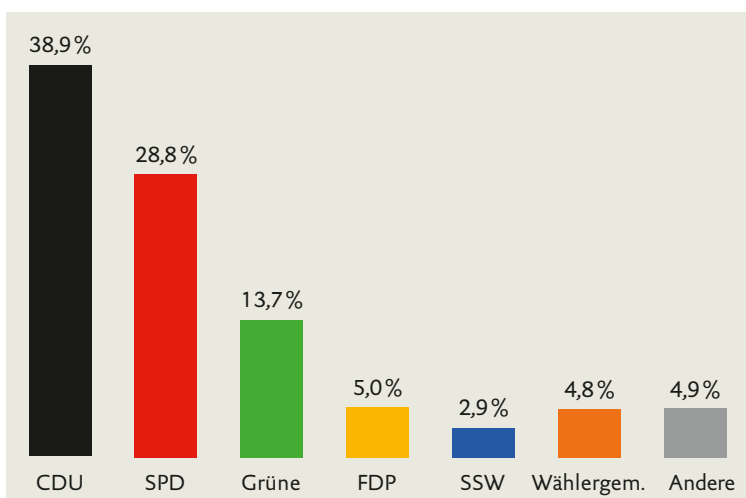
Nach ihrem erfolgreichen Abschneiden im vergangenen Jahr steuern Grüne und FDP die Kommunalwahl zuversichtlich an. Für den SSW wird das Ergebnis Aufschluss über sei-

nen aktuellen Rückhalt geben, nachdem die Partei nach fünf Jahren Regierungsarbeit in die Opposition gewechselt ist. Die AfD tritt erstmals bei einer Kommunalwahl an.

Gewählt wird in rund 1.080 kreisangehörigen Gemeinden, den vier kreisfreien Städten und den elf Landkreisen. Wahlberechtigt sind alle Deutschen und Bürger anderer EU-Staaten. Mindestalter: 16 Jahre. Wer selbst gewählt werden will, muss 18 sein. Die Wahlbeteiligung lag zuletzt bei 46,7 Prozent – ein Minusrekord. Der nächste Wahlgang ist dann erneut nicht mehr weit: Voraussichtlich am 26. Mai 2019 wird das Europäische Parlament gewählt.

Die Ausgangslage

Das Ergebnis der Kommunalwahl 2013 in den Kreisen und kreisfreien Städten in Schleswig-Holstein in Prozent



„Meine Bitte
an Sie:

Gehen Sie am 6. Mai wählen!
Stärken Sie die Demokratie,
und gestalten Sie die Zukunft
Ihres Dorfes, Ihrer Stadt und
Ihres Kreises mit!“

Landtagspräsident Klaus Schlie



Bei einer Demonstration gegen Fahrpreiserhöhungen in Kiel landet am 31. Januar 1968 ein VW-Käfer auf der Seite. Auf einem Schild wird der geplante neue Preis für eine Fahrkarte kritisiert: „80 Pfennig – Lieber renn' ich!“



Bei einer Modenschau im Kieler Hotel Astor am 3. April 1968 präsentieren sich Miss Norwegen („im großen Abendkleid“), Miss Schweden („im Chiffon-Cocktailkleid“), Miss Griechenland („im Lammfellmantel“) und die aus Spanien stammende Miss Europa („im schwarzen Persianer im Schiwago-Look“).



Zwei Tage nach dem Attentat auf Studentenführer Rudi Dutschke in Berlin gehen am Ostersonnabend, den 13. April 1968, Studenten in Kiel auf die Straße.

1968

... in Deutschland und der Welt

5. Januar:

Alexander Dubček wird Generalsekretär der tschechoslowakischen kommunistischen Partei. Er propagiert einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“.

16. März:

US-Soldaten töten beim Massaker von My Lai in Vietnam mehr als 500 Zivilisten.

2. April:

Brandanschläge auf zwei Kaufhäuser in Frankfurt am Main aus Protest gegen den Vietnamkrieg. Zu den Tätern gehören die späteren RAF-Terroristen Andreas Baader und Gudrun Ensslin.

4. April:

Der Bürgerrechtler Martin Luther King wird in Memphis (US-Bundesstaat Tennessee) erschossen.

11. April:

Rudi Dutschke, eine Führungsfigur der außerparlamentarischen Opposition, wird in Berlin bei einem Attentat lebensgefährlich verletzt. Es folgen schwere Krawalle, unter anderem gegen den Springer-Verlag.

29. April:

Das Musical „Hair“ hat am New Yorker Broadway Premiere. Am 24. Oktober folgt die Uraufführung der deutschen Fassung in München.

14. Mai:

In Frankreich beginnt ein wochenlangender Generalstreik. Arbeiter solidarisieren sich mit protestierenden Studenten.

30. Mai:

Der Bundestag in Bonn verabschiedet die heftig umstrittenen Notstandsgesetze, mit denen der Staat in Krisensituationen die Grundrechte einschränken kann.

5. Juni:

Robert Kennedy, Bruder des ermordeten US-Präsidenten John F. Kennedy und Präsidentschaftskandidat der US-Demokraten, wird in Los Angeles angeschossen und stirbt am folgenden Tag.

20. August:

Truppen des Warschauer Paktes marschieren in der Tschechoslowakei ein und beenden den „Prager Frühling“.

28. September:

Der Beatles-Song „Hey Jude“ erreicht die Nummer 1 der US-Charts und wird größter Hit des Jahres.

5. November:

Der Republikaner Richard Nixon wird zum US-Präsidenten gewählt.

7. November:

Die Journalistin Beate Klarsfeld ohrfeigt Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) auf der Bühne des Parteitages in Berlin. Sie will auf dessen NS-Vergangenheit aufmerksam machen.

24. Dezember:

Apollo 8 umkreist als erstes Raumschiff den Mond.

Ereignisse eines Jahres

... in Schleswig-Holstein

10. Januar:

Die CDU/FDP-Landesregierung will Bummel-Studenten zwangsexmatrikulieren. Tausende demonstrieren in Kiel.

31. Januar:

In Kiel demonstrieren etwa 2.000 Schüler und Studenten gegen eine geplante Fahrpreiserhöhung. Ein Ticket für Bus oder Straßenbahn soll 80 statt 60 Pfennige kosten. Es kommt zu Auseinandersetzungen mit der Polizei.

17. Februar:

Die evangelische Kirche beklagt eine „schockierende Zahl“ an Gymnasiasten, die sich in Schleswig-Holstein vom Religionsunterricht abmelden.

22. Februar:

Ein Sowjetsoldat flüchtet bei Lübeck-Schlutup mit einer Planierdrape über die innerdeutsche Grenze.

20. März:

Der Landesbeauftragte für politische Bildung, Ernst Hessenauer, schätzt die „neue Linke“ in Schleswig-Holstein auf 1.000 Personen, die „weder von Moskau noch von Peking oder Pankow gesteuert“ seien.

26. Juni:

Im Kieler Schloss diskutieren der SPD-Politiker Horst Ehmke, der Journalist Günter Gaus und der rheinland-pfälzische CDU-Chef Helmut Kohl über das Thema „Demokratie – konservativ oder revolutionär?“.

9. Juli:

Die SPD fordert im Landtag, probeweise zwei Gesamtschulen im Lande einzurichten. Die „Zeit der Filzpantoffeln, des Fernsehens, des Fahrrades und des Flaschenbieres“ sei vorbei, behauptet der Abgeordnete Jürgen Busack.

1. August:

Die Post richtet einen „vollautomatischen Grenzsprecherverkehr“ ein. Telefonbesitzer aus der Region Flensburg können nun in Süddänemark anrufen, ohne sich bei der „Hauptvermittlung“ verbinden zu lassen.

5. September:

Die ZDF-Fernsehshow „Der goldene Schuss“ mit Moderator Vico Torriani wird in der ausverkauften Kieler Ostseehalle aufgezeichnet.

17. Oktober:

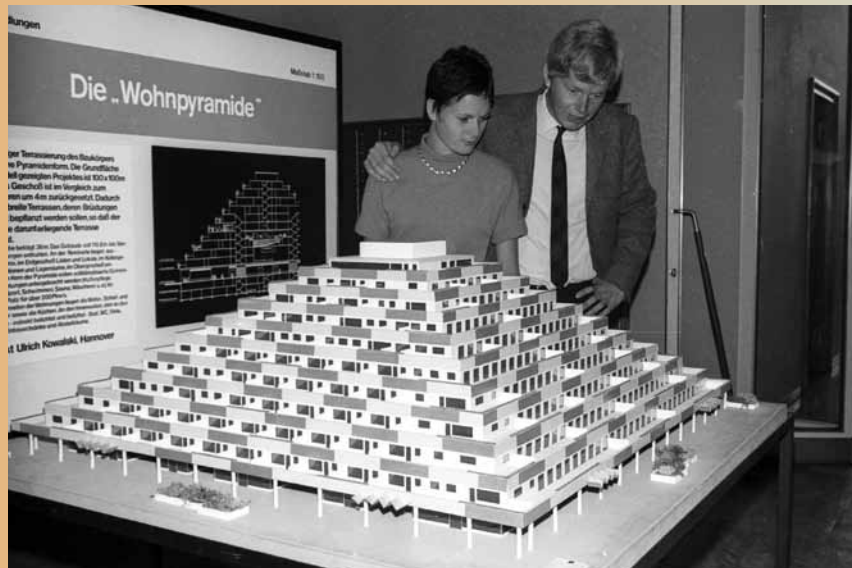
Die außerparlamentarische Opposition sei keine anti-parlamentarische Opposition, betont Landtagspräsident Paul Rohloff bei einem „staatsbürgerlichen Lehrerseminar“ in der Akademie Sankelmark.

13. Dezember:

Bei einem Vortrag des CDU-Bundesforschungsministers Gerhard Stoltenberg an der Kieler Uni kommt es auf der Bühne zu Rangeleien zwischen linken Demonstranten und Vertretern des Ringes christlich-demokratischer Studenten (RCDS).



Der Landtag richtet im Juli 1968 einen Sonderausschuss für die „unruhige“ Jugend ein. Gehört wird der Landesvorstand der Jungen Union, v.li.: der spätere Abgeordnete Rolf Olderog, der spätere Ministerpräsident Uwe Barschel sowie Jens Mahlstedt. Ganz hinten rechts: Die Jungsozialisten Günther Jansen, später SPD-Landesvorsitzender und Sozialminister, und Norbert Gansel, später Bundestagsabgeordneter und Kieler Oberbürgermeister.



Besucher begutachten ein Modellhaus in der Ausstellung „Wohnen im Jahr 2000“ in der Kieler Landesbausparkasse, August 1968.



Studenten gehen in Kiel am 23. August 1968 gegen den Vietnamkrieg und gegen den Einmarsch von Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei auf die Straße. „Vietnam und Prag – Unrecht des Stärkeren“, heißt es auf dem Spruchband.

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Diesmal geht es ins Jahr 1967. Der Schah von Persien besucht Schleswig-Holstein.



Empfang in Lübeck:
Schah Mohammed Resa Pahlewi (3. v. re.) und seine Gattin Farah Diba.
Daneben: Ministerpräsident Helmut Lemke und Landtagspräsident Paul Rohloff.
Im Hintergrund: ein Dolmetscher – das Kaiserpaar sprach an diesem Tag Französisch.

1967: Harmonie und Misstöne beim Schah- Besuch in Lübeck

Der Deutschlandbesuch des Schahs im Frühsommer 1967 gilt als ein Ausgangspunkt dessen, was heute mit der Jahreszahl 1968 verbunden wird. In Berlin protestieren junge Demonstranten gegen das iranische Unrechtsregime. Die Staatsmacht und Schah-freundliche „Jubelperser“ kontern mit Gewalt. Ein Polizist erschießt am 2. Juni den Studenten Benno Ohnesorg. In der Folge radikalisiert sich ein Teil der linken Szene. Zwei Tage nach den Berliner Krawallen ist der Schah in Lübeck. Dort bleibt es ruhig, aber es gibt auch Misstöne. Im Zentrum der Kritik: Ministerpräsident Helmut Lemke (CDU).

Der neuntägige Staatsbesuch wird in den Medien als „eines der glanzvollsten Ereignisse der letzten Jahre in der Bundesrepublik“ beschrieben, angesichts der harten Polizeieinsätze wird aber auch die „Maßlosigkeit deutschen Obrigkeitssinns“ angeprangert. Die Hansestadt ist die 14. und letzte Station. Ministerpräsident Lemke wollte Schah Mohammed Resa Pahlewi und seine Gattin Farah Diba ursprünglich nach Kiel lotsen, um ihnen Werften und Marine zu präsentieren. Doch SPD-Außenminister Willy Brandt pocht auf seine Geburtsstadt Lübeck. Zuvor waren die Staatsgäste unter anderem in Bonn, in Rothenburg ob der Tauber und in einem Duisburger Stahlwerk. Die Bundes-

regierung verspricht sich eine diplomatische Aufwertung der jungen Bundesrepublik, die Klatschpresse bestaunt das glamouröse Herrscherpaar. Linke und Studenten dagegen sind empört, dass der Schah, der Oppositionelle einkerkern und foltern lässt, in Deutschland hofiert wird.

Missverständliche Tischrede

In Lübeck herrscht am Sonntag, den 4. Juni 1967, „Kaiserwetter“ und äußerliche Harmonie. „Dort Pfiffe, Rauchbomben, Widerstände gegen die Ordnungsgewalt, ja sogar ein Toter und viele Verletzte – hier eine wohlthuende Ruhe, Ordnung und freudige Begrüßung von allen Seiten“, fasst ein Leserbriefschreiber in den „Lübecker Nachrichten“ zusammen. Die „Kieler Nachrichten“ beobachten hingegen eine Distanz in der Bevölkerung: „Vielen Deutschen ist nicht nach Jubel für ein vorderasiatisches Herrscherpaar auf sorgloser Besichtigungsreise zumute.“

Die Schah-Visite dauert drei Stunden. Der Sonderzug mit dem Monarchen und seinem Gefolge kommt um 11.30 Uhr auf Gleis 1 des Hauptbahnhofs an. Einige tausend Lübecker und 2.000 Polizisten säumen die Straßen, als die Wagenkolonne das Rathaus ansteuert. Anschließend steht ein Orgelkonzert in der Marienkirche auf dem Programm, bevor Honoratioren aus Stadt und Land zu einem „Frühstück“ im Restaurant „Schabbelhaus“

in der Altstadt laden. Zwischen Lauenburger Hirschkalbsrücken, gerösteten Steinpilzen und Vanilleeis hält Ministerpräsident Lemke eine Tischrede an „Eure Kaiserlichen Majestäten“, die in Teilen der Öffentlichkeit nicht gut ankommt. Lemke vergleicht den Iran mit Westdeutschland und lobt „die gewaltigen Anstrengungen, die in beiden Ländern im Laufe der letzten Generation geleistet worden sind, um durch eine moderne Wirtschafts- und Sozialordnung die Voraussetzungen für eine gesicherte Zukunft zu schaffen“. Der CDU-Politiker vermittelt damit ein stark geschöntes Bild. Zwar hat der Schah seinem Land in der „Weißen Revolution“ einen wirtschaftlichen Modernisierungsschub verordnet, aber der Großteil der Iraner lebt in Armut, und Menschenrechtsverletzungen sind an der Tagesordnung. Der Schah zeichnet Lemke, ehemals NSDAP-Bürgermeister von Eckernförde und Schleswig, später mit dem „Homayoun-Orden“ erster Klasse aus, den der Iran für „herausragende Leistungen“ vergibt.

Platzverbot für iranische Studenten

Die Passage aus Lemkes Rede wird in der Fernsehdokumentation „Der Polizeistaatsbesuch“ des Süddeutschen Rundfunks wiedergegeben, die Ende 1967 auch im NDR läuft. Die Kieler Staatskanzlei beschwert sich per Pressemitteilung darüber, dass der Film „geschickt geschnitten und tendenziös kommentiert“ sei. Aus heutiger Sicht erstaunlich: Die Opposition im Landtag greift die missverständlichen Äußerungen des Regierungschefs nicht auf. SPD-Oppositionsführer Jochen Steffen bleibt dem Lübecker „Frühstück“ zwar aus Protest fern, aber im Plenum bringen die Sozialdemokraten das Thema nicht zur Sprache.

Der SPD-Abgeordnete Hermann Schwiager richtet den Blick auf einen anderen Aspekt des Schah-Besuchs. 22 der 130 in Kiel studierenden Iraner haben vor dem Abstecher des Monarchen nach Lübeck eine Aufenthaltsbeschränkung erhalten. Sie dürfen

nicht an die Trave reisen, wo sie, so fürchtet die Landesregierung, protestieren und das harmonische Bild stören könnten. Schwiager erkundigt sich in drei Kleinen Anfragen beim Innenministerium, warum die Grundrechte der 22 Hochschüler so massiv eingeschränkt wurden. Innenminister Hartwig Schlegelberger, ehemals SA-Mitglied und Militärrichter, bescheinigt den Iranern die „Zugehörigkeit und das aktive Bekenntnis zu einer Gruppe, die den gewaltsamen Sturz des

Schahs anstrebt“. Dies gehe aus polizeilichen Erkenntnissen hervor. Allerdings: „Woher das Bundeskriminalamt im Einzelnen seine polizeilichen Erkenntnisse gewonnen hat, ist der Landesregierung nicht bekannt.“ Die Folge für die Iraner: Sie erhalten einen Eintrag in ihre Aufenthaltserlaubnis – jedoch nur, „so weit die Betroffenen bei der Zustellung der Ordnungsverfügung überhaupt angetroffen wurden“. Wer also nicht zu Hause ist, kommt ohne Eintrag davon. **Karsten Blaas**

Drei Abgeordnete des Landtages sind 1968 geboren. Wir haben sie gefragt:

Fühlen Sie sich als „echte“ 68er?



Kai Vogel, SPD,
geboren am 8. März 1968:

„Ich bin, glaube ich, der typische Vertreter des Jahrgangs 1968, der angepasster agiert hat und nicht so sehr gegen die Älteren interveniert hat, wie es diejenigen getan haben, die 1968 zwischen 15 und 25 Jahre alt waren. Aber mit dem Begriff 68, mit dem Protest gegen den ‚Muff aus 1.000 Jahren‘, verbinde ich durchaus etwas Positives, gerade als Sozialdemokrat. Mir ist allerdings diese Streitkultur so nicht zu Eigen. Ich versuche eher, die Menschen ruhig zu überzeugen als über Lautsprecher und mit Demonstrationen.“



Peer Knöfler, CDU,
geboren am 25. März 1968:

„Ja, schon alleine wegen meines Geburtsdatums fühle ich mich als 68er. So

geht es wohl Vielen, es war ja die Zeit der geburtenstarken Jahrgänge. Die gesellschaftlichen Veränderungen, die damals angestoßen wurden, haben wir im Geschichtsunterricht behandelt, und ich stehe dem positiv gegenüber. Die Welt dreht sich weiter, und man muss mit der Zeit gehen und sich weiterentwickeln. Stillstand ist Rückschritt.“



Kathrin Wagner-Bockey, SPD,
geboren am 14. Februar 1968:

„Was man politisch und gesellschaftlich mit ‚1968‘ verbindet, bezieht sich auf die Generation meiner Eltern, die damals junge Erwachsene waren. Meine Eltern hatten damit allerdings wenig am Hut. Mein Vater hat im Bergbau gelernt und ist dann zur Polizei gegangen, meine Mutter war Zahnarzthelferin. Ich glaube, sie hatten den Kopf nicht frei für irgendwelche revolutionären Ideen. Ich persönlich verbinde mit den 68ern, abgesehen von den Studentenunruhen, einen antiautoritären Erziehungsstil, dem ich aus heutiger Sicht nicht viel abgewinnen kann. Ich hänge keinem autoritären Erziehungsstil an, aber ich glaube, dass sich die Pädagogik weiterentwickelt hat und dass sich die Erziehungsziele geändert haben.“

Weiterführende Literatur:

- Eckard Michels: Schahbesuch 1967, Bonn 2017, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bestellnummer 10078.
- Harald Schmid, Sebastian Lehmann: Sonderzug nach Lübeck oder Der Schah im „Schabbelhaus“, erschienen in der Zeitschrift „Demokratische Geschichte“, Band 20, Malente 2010.

Erinnerungs- kultur und „Geschichts- verdreher“

Ein Erbe von „1968“ ist die Konfrontation mit der deutschen NS-Vergangenheit. Im Laufe der Jahre entstand ein breiter politischer Konsens, dass sich die Deutschen zu ihrer historischen Verantwortung bekennen müssten, und dass jeder Anklang von Nationalismus zu vermeiden sei. Rechtspopulisten haben diesen Konsens in jüngster Zeit offenbar aufgekündigt. So pochte AfD-Spitzenmann Alexander Gauland auf „das Recht, stolz zu sein auf Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“.

Daraus erwachsen neue Herausforderungen für die Erinnerungsarbeit. Das betonten Politiker und rund 180 engagierte Bürger Ende Januar bei einer Diskussionsveranstaltung über „Gedenkstätten als Orte der historisch-politischen Bildung“. Der Landesbeauftragte für politische Bildung, Christian Meyer-Heidemann, hatte dazu eingeladen.

Der Erinnerungsprozess habe „erst in den 70er-Jahren richtig angefangen“, erinnerte Jette Waldinger-Thiering (SSW) an den



Diskussion über Gedenkstätten (v. li.): Lasse Petersdotter (Grüne), Anette Röttger (CDU), Beate Raudies (SPD), Moderatorin Lena Gürtler, Frank Brodehl (AfD), Jette Waldinger-Thiering (SSW), Anita Klahn (FDP)

Anstoß der 68er-Bewegung. Inzwischen gebe es aber „Geschichtsverdreher und Provokateure“, die den Begriff Erinnerungskultur als Schimpfwort verwendeten, so Bildungsministerin Karin Prien (CDU). Dinge, „die vor zehn Jahren nicht mehr sagbar waren“, würden heute wieder offen ausgesprochen, mahnte Lasse Petersdotter (Grüne). Und Anette Röttger (CDU) befürchtete, dass Nationalismus und Populismus wieder „salonfähig“ werden könnten.

Die Erinnerungskultur im Lande wird maßgeblich von den 13 Gedenkstätten getragen, die beispielsweise an den Orten ehemaliger Arbeits- und Konzentrationslager eingerichtet wurden. „Das ist unsere Vergangenheit, die müssen wir kennen und weitertragen“, unterstrich Anita Klahn (FDP). Das Land hat

seine Zuschüsse für die überwiegend ehrenamtlich betriebenen Einrichtungen seit 2012 von 40.000 auf 375.000 Euro aufgestockt. „Pflichtbesuche“ von Schulklassen in den Gedenkstätten lehnten die Diskussions Teilnehmer durchweg ab. Ein „Zwang“ sei nicht hilfreich, sagte Beate Raudies (SPD). Es komme vielmehr auf das Engagement jedes einzelnen Lehrers an, so Frank Brodehl (AfD).

„Rebellischer Geist“ in der „Sackgasse“?

Was für die einen der Startpunkt einer gesellschaftlichen Modernisierung war, gilt für andere als Ursache vermeintlicher Fehlentwicklungen. Das Stichwort „1968“ ist im Landtag in den vergangenen Jahren immer wieder gefallen.

Scharfe Kritik und Hämekamen von Bürgerlichen und Konservativen. Verteidiger des 68er-Geistes waren vor allem die Grünen.

Einige Beispiele:

„Unsere Bildungseinrichtungen sind Orte wissenschaftlicher Lehre und Forschung und keine Spielwiesen für die Experimente von Spät-68ern.“
(Frank Brodehl, AfD, 29. Juni 2017)

„Unsere Partei ist im Grunde auf der Straße geboren. Sie ist ein Kind des rebellischen Geistes und des zivilen Ungehorsams, welcher seit 1968 viele große Konflikte der Bundesrepublik begleitet hat. Die eruptiven Demonstrationen der 68er gaben den Anstoß, die verkrusteten Nachkriegsverhältnisse nachhaltig im Sinne einer demokratischen und toleranten Bundesrepublik zu wandeln.“
(Burkhard Peters, Grüne, 27. September 2012)

„Leider ist der Umgang vieler Erwachsener und Erzieher mit Cannabisprodukten merkwürdig inkonsequent. Vielleicht herrscht hier noch das verklärte Bild aus den 68er-Jahren vor, das Haschisch als Teil einer Protestkultur Akzeptanz einräumte. Das ist nicht nur grundlegend falsch, sondern auch gefährlich.“
(Peter Eichstädt, SPD, 4. Mai 2006)

„Rot-Grün hat schwach angefangen, dann stark nachgelassen und implodiert jetzt. Der Marsch der 68er durch die Institutionen geht zu Ende und endet in einer Sackgasse vor dem Müllhaufen der Geschichte.“
(Wolfgang Kubicki, FDP, 25. Mai 2005)

„Gut erinnere ich mich auch an die 68er-Revolte in Frankfurt. Da trugen Studenten, die heute zum Teil einflussreiche Politiker der Grünen sind, auf Demonstrationen Plakate: ‚Wissen ist Macht, nichts wissen macht nichts.‘“
(Uwe Greve, CDU, 23. Januar 2004)

„Es bedurfte der Initiative der Politikerinnen aus der 68er-Generation, für die aus dem Schwur, dass Auschwitz nie wieder möglich sein dürfe, auch folgte, dass die demokratische Bundesrepublik sich ihrer Vergangenheit stellen und rückhaltlos Verantwortung für sie übernehmen muss.“
(Angelika Birk, Grüne, 26. Januar 2001)

„Multikulti“ ist ein weiterer Begriff in der 68er-Tradition. Welche praktischen Fragen entstehen können, wenn Elemente fremder Kulturen in Deutschland heimisch werden, wurde in der Januar-Tagung deutlich. Der Landtag debattierte über die Gesundheitsgefahren in Shisha-Bars.

„Völkerverständigung“ im Rauch Strengere Regeln für Shisha-Bars

Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP) will den Gesundheitsschutz in Shisha-Bars verbessern. Kernpunkte: In Lokalen, wo Wasserpfeifen geraucht werden, muss es künftig Warnmelder geben, die den Gehalt von giftigem Kohlenmonoxid (CO) in der Luft messen. Diese müssen von einem Fachbetrieb eingebaut werden. Auch für Lüftung und Abzug soll künftig eine Fachfirma zuständig sein. Zudem müssen die Bars Warnschilder anbringen. Dies will Buchholz mit einem landesweiten Erlass regeln. Ein neues Gesetz sei nicht erforderlich.

Hintergrund der Maßnahme: In den vergangenen Monaten haben Besucher solcher Gaststätten mehrere Schäden davongetragen. So erlitten in Kiel zwei 19-Jährige CO-Vergiftungen. Sie waren der sauerstoffarmen Luft ausgesetzt, die in Räumen mit Wasserpfeifendampf und ohne ausreichende Lüftung entstehen kann. Das aus Arabien stammende Shisha-Rauchen liege zwar „irgendwie im Trend“, so Minister Buchholz, und sei ein „bereicherndes Barkultur-Element“. Es müsse aber deutlich werden, dass der „toxische und teilweise krebserregende“ Rauch eine Gesundheitsgefahr darstelle. Bernd Heine-

Gefährlicher Qualm:
Wer eine Wasserpfeife raucht, inhaliert sehr große Rauchmengen.



mann, dessen SPD-Fraktion das Thema auf die Tagesordnung gesetzt hatte, unterstützte den Kurs der Regierung. Es müsse landesweite Standards geben, damit die kommunalen Ordnungsämter nicht „nur auf Zuruf“ eingreifen, „wenn die Ersten umgekippt sind“.

Fehrs: Freiheit nicht einengen

Auch aus den anderen Parteien gab es Lob für Buchholz. Wolf Rüdiger Fehrs (CDU) unterstrich das „Prinzip des freien und mündigen Bürgers“. Die Schutzregeln dürften Betreiber und Kunden nicht in ihrer Freiheit einengen. Shisha-Bars brächten Menschen aus unterschiedlichen Kulturen zusammen und förderten so die Völkerverständigung, meinte Dennys Bornhöft (FDP). Marret Bohn (Grüne) wies darauf hin, dass der 19-Jährige, der in einer Kieler Shisha-Bar zusammengebrochen war, akut gefährdet gewesen sei: „Das war ganz schön knapp.“ Und Flemming Meyer (SSW) merkte an,

„dass beim Shisha-Rauchen durchschnittlich sogar mehr Nikotin und nicht weniger krebserregende Stoffe aufgenommen werden, als beim Rauchen von Zigaretten“. Die AfD machte sich für bundesweite Vorgaben und eine deutschlandweite Aufklärungskampagne stark. Frank Brodehl forderte eine „Kennzeichnungspflicht“ der Tabaksorten. Dieser Antrag scheiterte am Nein der anderen Fraktionen.

Vor allem in größeren Städten sind Shisha-Bars verbreitet. In Kiel gibt es Schätzungen zufolge etwa ein Dutzend, in Lübeck sieben, in Flensburg drei. Die Polizei hat zuletzt mehrfach Bars geschlossen, nachdem die Feuerwehr dort gefährlich hohe CO-Werte gemessen hatte. Das Problem: Es bestehen keine landesweiten Standards für die Bars. Sie gelten als einfache Raucher-Kneipen. Spezielle Vorgaben, etwa für Kohlenmonoxid-Warnmelder oder Lüftungsanlagen, gibt es noch nicht.

Regierung: Drogenpräventionsprojekt arbeitet „seriös“

Hat das Drogenpräventionsprojekt des Vereins Odyssee an einer Schule Drogen verharmlost? Das verneinten Bildungs- und Sozialministerium im März-Plenum entschieden. Es gebe keinen Zweifel an „der hohen Fachlichkeit der Mitarbeiter oder der Seriosität des Angebotes“.

Laut einem Zeitungsartikel sollen Schüler und Lehrer aus Flintbek (Kreis Rendsburg-Eckernförde) berichtet haben, dass Drogen bei einem Projekt an ihrer Schule vom Verein verharmlost worden seien. Die AfD setzte das Thema auf die Landtagsagenda. Ihr Abgeordneter Frank Brodehl forderte: „Wir müssen künftig genauer hinsehen, welche Art von Prävention von wem mit welchem Ziel gemacht wird“. Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP) betonte, der Regierung sei lediglich die Beschwerde eines Schülers bekannt. Schulleiter, Lehrer und andere Schüler hätten „nur positive Rückmeldungen“ gegeben.

CSD-Vertreter im Landeshaus willkommen

Der Landtag will mit einer Veranstaltung zum Christopher Street Day (CSD) im Kieler Landeshaus ein Zeichen gegen Diskriminierung und Ausgrenzung von Homosexuellen setzen. Allerdings gab es bei der Debatte im März unterschiedliche Auffassungen darüber, ob es einen offiziellen Empfang geben und die Regenbogenfahne gehisst werden soll. Letztlich verabschiedete der Landtag einen Vorschlag der Koalitionsfraktionen von CDU, Grünen und FDP, der allgemein vorsieht, der Landtag möge „die Vertreterinnen und Vertreter der CSD-Organisationen und Verbände, die sich für die queere Emanzipationsarbeit engagieren, empfangen.“

Ein Ursprungsantrag der SPD-Fraktion hatte einen Empfang gefordert – unter wehender Regenbogenflagge. Die Fahne symbolisiere, dass „wir ein deutliches Zeichen für eine vielfältige Gesellschaft setzen wollen“, sagte die Sozialdemokratin Serpil Midyatli.

„Es gibt Parallelen zwischen den 68ern und der ‚Neuen Rechten‘“

Gespräch mit dem Politikwissenschaftler Tobias Adler-Bartels

Der Politikwissenschaftler Tobias Adler-Bartels hat an der Uni Kiel zur Sprache und Ideologie des zeitgenössischen Konservatismus geforscht. Er sieht Zusammenhänge zwischen der 68er-Bewegung und der heutigen „Neuen Rechten“, macht aber auch Gegensätze aus.

An der Jahreszahl 1968 scheiden sich die Geister, insbesondere Konservative und „Neue Rechte“ sehen das Erbe der 68er skeptisch. Was treibt die Kritiker an?

Meine These ist, dass es zwei Arten des Konservatismus gibt: eine moderate und eine radikale. Die moderate Seite versucht, das mäßigende, ausgleichende Element zwischen den politischen Extremen darzustellen. Diese Haltung findet sich sehr stark in den Unionsparteien wieder. Der radikale Konservatismus hingegen betrachtet den Liberalismus und auch viele der Errungenschaften von „1968“ als Feindbild. Und die heutige „Neue Rechte“ versteht sich zum großen Teil in solch einer radikal-konservativen Weise.

Ist 50 Jahre 1968 nicht eine Erfolgsgeschichte? Wir haben heute eine lebendige Zivilgesellschaft, die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist weit vorangeschritten, die Stigmatisierung von Minderheiten wie Behinderten oder Homosexuellen wurde zurückgedrängt, Schulen und Hochschulen praktizieren innere Demokratie. Was kann man daran schlecht finden?

Der Konservatismus hat ein organisches Verständnis von Staat und Ordnung. Hierarchien gelten als etwas quasi Natürliches, beispielsweise dass der Mann der Frau übergeordnet ist. Das gleiche gilt in der

Erziehung zwischen Eltern und Kindern, und es gilt auch in den Institutionen, etwa im Verhältnis von Lehrern zu Schülern oder von Professoren zu Studenten. Diese Hierarchien haben die 68er wenn nicht abgeschafft, so doch in Frage gestellt. Bereits in den 1960er Jahren haben Konservative auf die natürliche Ordnung gepocht und die Notwendigkeit von Hierarchien betont. Eine wichtige Schrift war „Moral und Hypermoral“ von Arnold Gehlen aus dem Jahr 1967. Das war ein Gegenentwurf zur Idee der völligen Gleichberechtigung, die linke Denker und Politiker etwa durch Quoten oder durch die breite Beteiligung an Entscheidungsprozessen erreichen wollten. Außerdem wurde die liberale Idee universaler Rechte von den radikalen Konservativen als eine „Erfindung“ der Aufklärung gebrandmarkt, die der menschlichen Wirklichkeit widersprechen würde.

Nicht nur Radikale schlagen zurück. Der CSU-Politiker Alexander Dobrindt schrieb Anfang des Jahres in der „Welt“: „Auf die linke Revolution der Eliten folgt eine konservative Revolution der Bürger.“ War 1968 ein Elitenprojekt, das an der Mehrzahl der Menschen vorbeiging?

Blickt man nur auf den Ausgangsort der Proteste – die Universitäten – dann ist das sicherlich richtig. Der Anspruch der 68er, eine revolutionäre Volksbewegung zu sein, wurde ja nie eingehalten. Die Arbeiter, vor deren Werkstoren sich die 68er die Beine in den Bauch standen, haben sich nur in ganz wenigen Momenten, etwa im Frühjahr 1968 in Frankreich oder später vor allem in Italien, mit den Studentenprotesten solidarisiert. Gleichzeitig waren die 68er aber natürlich keine Eliten, denn die Studenten hatten ja keine wirklichen Machtpositionen und „Elite“ diente vielmehr als Kampfbegriff zur Diffamierung der etablierten bundesrepublikanischen Ordnung. Dobrindts Idee einer „Konservativen Revolution“ ist entweder ein gefährliches Spiel mit dem Feuer oder zeugt von naiver Unwissenheit, stammt dieser Begriff doch aus der Weimarer Republik und steht für die antiliberalen und gegenaufklärerischen Tendenzen des Konservatismus. Dass er diesen Begriff gegen die 68er ins Feld führt, ist, so denke ich, etwas zu scharf geschossen.

Andererseits gibt es Parallelen zwischen den 68er-Demos und dem, was heutzutage auf Pegida-Veranstaltungen zu beobachten ist. Dort gibt es jeweils



1968:

Mit der „Internationalen Vietnam-Konferenz“ des Sozialistischen Deutschen Studentebunds (SDS) an der Technischen Universität Berlin erreicht der Studentenprotest in Deutschland seinen politischen Höhepunkt.



den absoluten Anspruch, die Wahrheit zu vertreten ...

Ja, es gibt diesen Dogmatismus, wobei das für so gut wie alle politischen und sozialen Bewegungen in ihrer Frühphase gilt. Spannend ist es, die Aktionsformen zu betrachten. Bereits Anfang der 1960er Jahre gab es die „Konservative Front“, die an den Universitäten ähnliche Mittel einsetzte wie später die 68er: etwa Veranstaltungen zu stören. Von dort verläuft eine Linie, die bis zu dem Publizisten Götz Kubitschek reicht, der 2007 die „Konservativ-Subversive Aktion“ gegründet hat. Diese Leute haben etwa mit Flugblattaktionen Günter-Grass-Lesungen behindert oder im Jahr 2008 den Kongress der Linkspartei „40 Jahre 1968“ gestört. Es gibt bei den heutigen „Neuen Rechten“ eine große Sympathie für die Aktionsformen der 68er. Auch in der nationalen Frage gibt es Parallelen. Die 68er waren nicht so internationalistisch, wie man es heute häufig denkt. Für Rudi Dutschke, der ja als Republikflüchtling aus der DDR kam, war die deutsche Einheit immer ein wichtiger Bezugspunkt seines politischen Denkens. Auch andere im „Sozialistischen Deutschen Studentenbund“ (SDS) vertraten durchaus nationale Positionen. Die „Neuen Rechten“ versuchen, auf dieses nationalrevolutionäre Erbe hinzuweisen, was aber sehr willkürlich ist. Denn sie klammern die große internationale Solidarität aus, für die 68 ebenfalls steht.

68er und „Neue Rechte“ entstanden vor dem Hintergrund einer Großen Koalition auf Bundesebene. Inwiefern spielt das eine Rolle?

Das spielt sicherlich eine gewisse Rolle. Aber die damalige Große Koalition war nicht der alleinige Auslöser für die 68er-Bewegung. „1968“ war ja kein rein deutsches Phänomen – in anderen Ländern gab es solche Bewegungen auch, ganz ohne „GroKo“. Hier traten grundsätzliche Modernisierungsbestrebungen in den Gesellschaften zutage. Das wurde sicherlich dadurch verstärkt, dass es im Bundestag keine wirkliche Opposition gab, und dass sich eine im wahrsten Wortsinne „Außerparlamentarische Opposition“ gründete. Heute sehen wir, dass die Union einen Prozess durchlaufen hat, der sie in den Augen der Kritiker von rechts als beliebig, zu SPD-nah und unauthentisch dastehen lässt.

Beide Bewegungen haben die Medien als Feind – die 68er die Springer-Presse, die „Neue Rechte“ die angeblich lügnerischen klassischen Medien ...

In den 1960er und 70er Jahren gab es eine ganz andere Medienöffentlichkeit als heute. Es gab die großen Tageszeitungen, die tatsächlich von einer Mehrheit gelesen wurden. Die Springer-Presse hat sehr polemisch über die 68er berichtet, das ging teilweise unter die Gürtellinie. Vor diesem Hintergrund gründete sich eine linke Gegenöffentlichkeit, bestehend aus unzähligen, teilweise recht esoterischen Zeitschriftenprojekten. Heute dagegen läuft die Kritik an einer angeblich einseitigen Medienlandschaft ins Leere. Wenn man einen Blick in den Bahnhofsbuchhandel wirft, dann kann eigentlich niemand behaupten, dass es keine Presse- und Meinungsfreiheit gibt. Gerade auf der rechten Seite sprießt eine stetig wachsende Zahl an

2017:

Anhänger der islamfeindlichen Pegida-Bewegung nehmen in Dresden an einer Kundgebung teil.

Zeitschriften aus dem Boden. Heute führen aber die Echokammern der digitalen Welt dazu, dass nur noch eine Eigenbespiegelung stattfindet – und dass andere Auffassungen kaum zur Kenntnis genommen werden.

Die 68er starteten schließlich den Marsch durch die Institutionen. Ist ein ähnlicher Weg nun auch von rechts zu erwarten?

Es wird, so denke ich, keinen Marsch durch die Institution der Macht geben, aber es entstehen eigene, neue Institutionen, die um eine kulturelle Deutungshoheit kämpfen. Bei der AfD steht eine Menge Geld zur Verfügung, um eine eigene parteinahe Stiftung zu gründen. Es gibt außerdem seit einigen Jahren das „Institut für Staatspolitik“, das mit seinen Veröffentlichungen politische Ideen wie den Ethnopluralismus diskutiert und verbreitet, deren problematischer Hintergrund vielen nicht geläufig ist. Ich gehe aber davon aus, dass unsere Zivilgesellschaft, auch dank der 68er, stark genug ist, um das auszuhalten.

Interview: Karsten Blaas



Der Politikwissenschaftler Tobias Adler-Bartels, geboren 1986, forschte an der Uni Kiel nach einem Studium der Politikwissenschaft, Philosophie und Neuesten Geschichte zu zeitgenössischem politischen Denken und Konservatismus. Er wechselt nun zur Uni Göttingen als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte.

Landtag besucht Landtag

Meinungsaustausch zu Minderheiten und Mobilität

Das nördlichste Bundesland, Grenzregion mit verschiedenen Minderheiten, vorbildlichem Minderheitenschutz und mehreren Sprachen: Schleswig-Holstein und Südtirol haben Einiges gemeinsam. In manchen Bereichen sticht die norditalienische Provinz als Vorbild heraus – etwa durch einen modernisierten und ausgebauten Nahverkehr, einen einzigen Fahrschein für Bus und Bahn oder einen Wissenschafts- und Technologiepark als Ideenschmiede des Landes. Eine Delegation des Schleswig-Holsteinischen Landtages nahm die Modellprojekte in Bozen und Region Ende Februar vor Ort in Augenschein.

Nachdem ihre Amtskollegen im Sommer vergangenen Jahres in Schleswig-Holstein zu Gast waren, traten die Abgeordneten von der Förde nun den Gegenbesuch beim Bozener Parlament an. Mit dabei: Landtagspräsident Klaus Schlie, seine Stellvertreterin Kirsten Eickhoff-Weber (SPD), Grünen-Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben, AfD-Chef Jörg Nobis, der Vorsitzende der Abgeordneten des SSW, Lars Harms, sowie die Vizefraktionsvorsitzenden von CDU und FDP, Katja Rathje-Hoffmann und Anita Klahn.

Ein Besuch in bewegten Zeiten, denn die Südtiroler befinden sich im „Super-Wahljahr“, das die Schleswig-Holsteiner gerade hinter sich haben.

So warf die nationale Parlamentswahl in Italien am 4. März zu Beginn der Delegationsreise auch ihre Schatten voraus. Der Präsident

des Südtiroler Landtages, Roberto Bizzo, sagte sein Treffen mit dem Besuch aus Deutschland ab, weil er am Tag vor der Anreise aus seiner Partei Partito Democratico (PD) ausgetreten war.

Deutsche Sprachgruppe in der Mehrheit

Anders als im restlichen Italien bleibt der Rechtsruck in Südtirol wenige Tage später aus. In der nördlichsten Provinz sind auch EU-kritische Stimmen in der Unterzahl. Denn die Minderheiten, die deutsche und die ladinische Sprachgruppe, profitieren von Europa. Das machte der Studiendekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck, Walter Obwexer, den Delegierten in einem Vortrag deutlich.

Obwexer, der auch das Institut für Europarecht und Völkerrecht in Innsbruck leitet, verdeutlichte neben den Parallelen zum Schutz der dänischen und friesischen Minderheiten sowie der Sinti und Roma in Schleswig-Holstein gleichzeitig die Unterschiede zu Südtirol. Obwohl in Italien in der Minderheit, stellt die deutsche Sprachgruppe in der italienischen Provinz die Mehrheit dar. Darüber hinaus übt Österreich eine Schutzfunktion für die Angehörigen der deutschen und ladinischen Sprachgruppe aus – die im Oktober 2017 neu gewählte Regierung stellt ihnen nun auch die doppelte Staatsbürgerschaft in Aussicht. „In der EU bringt die Staatsbürgerschaft eines Mitgliedsstaates aber nur wenige zusätzliche Rechte, die Unionsbürger nicht haben“, erklärte Obwexer.



Walter Obwexer von der Universität Innsbruck (2. v. re.) informiert über den Minderheitenschutz in Südtirol und Europa.



Die schleswig-holsteinische Delegation besucht den Südtiroler Landtag und dessen Vizepräsidenten Thomas Widmann (2. v. re.).

Ein Fahrschein für ganz Südtirol

Ein weiterer Schwerpunkt der Informationsreise lag auf dem öffentlichen Nahverkehr. Das Südtiroler Mobilitätskonzept soll Einwohner und Urlauber von der Autobahn auf die Schiene bringen, erklärte der Vizepräsident des Bozener Landtages, Thomas Widmann, der Delegation. Dazu wurden Bus- und Bahnnetz in der Region seit 2005 ausgebaut, modernisiert und vertaktet, ein Fahrschein für die ganze Provinz sowie den gesamten Nahverkehr eingeführt und neue Linien und Bahnhöfe geschaffen.

Die Schleswig-Holsteiner beeindruckte besonders die Effizienz und Schnelligkeit, mit der die Südtiroler den Nahverkehr modernisiert haben. „Das sind spannende Einblicke, die wir hier gewinnen“, sagte Landtagspräsident Schlie.

Dazu zählte auch die Besichtigung im NOI-Techpark in Bozen, der zu einer Ideenschmiede des Landes werden soll und Unternehmer, Startup-Gründer, Studierende und Forscher vernetzt. „In Südtirol passiert viel Innovatives. Wir nehmen einige Anregungen mit nach Schleswig-Holstein – etwa, wie wir verschiedene Akteure zusammenbringen können“, resümierte Schlie.

Zum Abschluss der Reise sprach die Delegation mit dem Ministerpräsidenten der Provinz, Landeshauptmann Arno Kompatscher, über gemeinsame Themen wie Mehrsprachigkeit an Schulen oder die Stärkung sozialer Berufe. Gäste und Gastgeber sind sich einig: Sie wollen im Austausch bleiben.

Vivien Albers

Nordschleswig

Pläne für das „Friedensjahr“ 2020

Das Jahr 2020 soll zum „deutsch-dänischen Friedensjahr“ werden. Anlass ist das 100. Jubiläum der Grenzziehung zwischen den beiden Staaten. Das Veranstaltungsprogramm war Anfang Februar Thema im Nordschleswig-Gremium des Landtages.

Zunächst müsse es darum gehen, insbesondere den jungen Schleswig-Holsteinern zu verdeutlichen, „worum es dabei eigentlich geht“. Das betonte Landtagsdirektor Utz Schliesky, der gemeinsam mit Vertretern der Staatskanzlei das „2020-Komitee“ leitet. In der Schule werde die Landesgeschichte oft stiefmütterlich behandelt, so Schliesky.

In Schleswig-Holstein sind Kulturveranstaltungen, Jugendbegegnungen und politische Treffen in Planung. Die Landesregierung hat



Das Jubiläumslogo der deutschen Minderheit in Dänemark

beim Bund angeregt, eine Sonderbriefmarke herauszugeben. Die deutsche Minderheit nördlich der Grenze möchte die erfolgreiche deutsch-dänische Minderheitenpolitik als immaterielles UNESCO-Weltkulturerbe verankern. Im März unterstützte der Landtag diesen Plan. Zudem soll das Deutsche Museum in Sonderburg renoviert werden und mit einer „zeitgemäßen Ausstellung für alle Generationen“ an die Ereignisse vor 100 Jahren erinnern. Das berichtete der Vorsitzende des Bundes Deutscher Nordschleswiger, Hinrich Jürgensen. Er habe Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei dessen jüngstem Schleswig-Holstein-Besuch für 2020 ins Grenzland eingeladen, so Jürgensen. Das Staatsoberhaupt sei „positiv angetan“ gewesen. Auf dänischer Seite wird die Abtretung des vormals deutschen Nordschleswig an Dänemark als „Wiedervereinigung“ gefeiert. Das Königreich plant unter anderem einen Staatsakt an den Düppeler Schanzen.

Die Grenzziehung am 15. Juni 1920 basierte auf Volksabstimmungen, die im Januar und Februar 1920 im Grenzland abgehalten wurden. Die Referenden, die auch in anderen deutschen Grenzregionen einberufen wurden, waren eine Vorgabe des Versailler Friedensvertrages am Ende des Ersten Weltkriegs. Ein Ergebnis der Abstimmung im Norden Schleswig-Holsteins war, dass kulturelle und sprachliche Minderheiten auf beiden Seiten der neuen Grenze entstanden. Zuvor hatte das gesamte Herzogtum Schleswig ab 1864 zu Preußen und zum Deutschen Kaiserreich gehört.

Friesen

Hilfe aus den USA für die bedrohte Sprache

Mit Know-how aus den USA soll das Friesische am Leben gehalten werden. Diesen Plan haben Vertreter friesischer Kultureinrichtungen Ende Januar im Friesengremium des Landtages vorgestellt. Das Nordfriesische Institut in Bredstedt hat ein gemeinsames Forschungsprojekt mit der Smithsonian Institution in der US-Hauptstadt Washington angestoßen. Ziel ist ein Konzept zur „Revitalisierung“ der Minderheitensprache an der Westküste. Die amerikanischen Forscher hätten bereits mehrfach den aussterbenden Sprachen amerikanischer Ureinwohner neues Leben eingehaucht, berichtete Inken Völpel-Krohn, Vorsitzende des Trägervereins des „Nordfriisk Instituut“. Bahne Bahnsen von der „Friisk Foriining“ wies auf die dramatische Lage des Friesischen hin: „Die Sprache existiert noch, aber sie liegt auf der Intensivstation.“ Schätzungen zufolge sprechen derzeit noch etwa 12.000 bis 20.000 Menschen im Kreis Nordfriesland und auf Helgoland einen der verschiedenen friesischen Dialekte. Wenig ermutigend sind die Zahlen aus dem Schulunterricht: Zurzeit lernen rund 800 Schüler in 17 Schulen in der Region Friesisch. Die Tendenz ist rückläufig, vor allem, weil Lehrer fehlen. Momentan gibt es 25 Friesisch-Pädagogen im Lande.

Ein Wunsch der Friesen: mehr Präsenz in den öffentlich-rechtlichen Medien. „Pro Tag eineinhalb Minuten Nachrichten im NDR-Radio wären gigantisch“, sagte der SSW-Abgeordnete Lars Harms. Einen Erfolg für das Friesische vermeldete das Verkehrsministerium: Bis Ende April sollen 150 Hinweisschilder an Nordfrieslands Straßen



Ik ban, dü bast, jü as („Ich bin, du bist, sie ist“) – die Zahl der Friesisch-Lehrer wie auch der -Lernenden geht zurück.

zweisprachig umgerüstet sein. Dies helfe, um „sichtbar zu sein“, wie Ilse Johanna Christiansen vom Friesenrat unterstrich.

Im Friesengremium treffen sich zweimal im Jahr Vertreter der Friesen mit Abgeordneten aus Landtag und Bundestag sowie der Landesregierung. Den Vorsitz hat Landtagspräsident Klaus Schlie.

Teilhabe-Gesetz auch in Leichter Sprache

Das Teilhabe-Stärkungs-Gesetz soll die Hilfe für Menschen mit Behinderung regeln.
Aber das Gesetz ist in Schwerer Sprache geschrieben.
Darum sagen viele Menschen mit Behinderung: Wir können das Gesetz nicht verstehen.
Darum gibt es das Gesetz nun auch in Leichter Sprache.
Zum Ersten Mal gibt es in Schleswig-Holstein ein Gesetz in Leichter Sprache.
Darüber haben Abgeordnete und Betroffene im Sozial-Ausschuss gesprochen.
Der Land-Tag hat das Gesetz danach beschlossen.

Die Übersetzung in Leichte Sprache ist wichtig.
Das meinen die Leute von der Landes-Arbeits-Gemeinschaft Werkstatt-Räte. Sie schreiben:

- „Wir müssen den Entwurf verstehen.
- Wir müssen die Bedeutung und Auswirkung verstehen.
- Wir müssen uns eine Meinung bilden und diese auch begründen.
- Wir müssen Forderungen entwickeln.
- Wir müssen eine Stellungnahme schreiben.

Dazu brauchen wir eine Übersetzung in Leichter Sprache.“

Auch die Landes-Arbeits-Gemeinschaft Bewohner-Beiräte findet die Leichte Sprache wichtig:

„Im Landes-Aktions-Plan Schleswig-Holstein in Leichter Sprache steht:

Die Landes-Verwaltung von Schleswig-Holstein soll barriere-frei sein.

Alle Informationen und Kommunikation sollen barriere-frei sein.

Nur so können Menschen mit Behinderung alle Informationen verstehen.

Alle Menschen haben das Recht auf Information. Und in Leichter Sprache für Menschen mit Lernschwierigkeiten.

Die Mitglieder im Vorstand brauchen Infos in Leichter Sprache.

Texte in Schwerer Sprache kann der Vorstand nicht selbst verstehen.“

Bitte



Erklärung:

Die Leute im Land-Tag heißen **Abgeordnete**.
In einem **Ausschuss** kümmern sich elf Abgeordnete um eine Sache.
Zum Beispiel um die Bildung oder die Umwelt.
Oder um Sozial-Politik. Das heißt:
um alte Menschen oder um kranke Menschen
oder um Menschen mit Behinderung.



So lautet der Anfang von dem Gesetz in Schwerer Sprache:

§ 1 Träger der Eingliederungshilfe, sachliche Zuständigkeit

(1) Träger der Eingliederungshilfe sind die Kreise und kreisfreien Städte. Sie führen die Eingliederungshilfe als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe durch. Sie sind sachlich zuständig für alle Aufgaben nach Teil 1 und 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (SGB IX), insbesondere

1. die Beratung und Unterstützung gemäß § 106 SGB IX,
2. die Gesamtplanung nach Teil 2 Kapitel 7 SGB IX,
3. die Vereinbarung von Leistungen und Vergütungen mit den Leistungserbringern und Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen gemäß Teil 2 Kapitel 8 SGB IX.

So lautet der Anfang von dem Gesetz in Leichter Sprache:

Paragraf § 1 Träger der Eingliederungs-Hilfe, sachliche Zuständigkeit

Sachlich zuständig sind die Stellen, die die Aufgabe übertragen bekommen, die Eingliederungs-Hilfe durchzuführen.

Wer ist in Schleswig-Holstein für die Durchführung der Eingliederungs-Hilfe zuständig?

Absatz 1:

Die Kreise und kreisfreien Städte sind zuständig für die Eingliederungs-Hilfe. Sie sind Träger der Eingliederungs-Hilfe. Sie müssen alle Aufgaben der Eingliederungs-Hilfe übernehmen:

1. Die Mitarbeiter der Eingliederungs-Hilfe beraten und unterstützen Menschen mit Behinderung.
2. Sie stellen den gesamten Bedarf fest, planen die Hilfe und schreiben sie auf.
3. Sie treffen Vereinbarungen mit den Leistungserbringern. Das können zum Beispiel eine Werkstatt für Menschen mit Behinderung sein oder Angebote für die Schul-Begleitung.

Der ganze Text in Leichter Sprache steht im Internet:

sh-landtag.de, dann Dokumente klicken, dann Umdrucke klicken, dann die Nummer 523 eingeben.

Zehn Millionen Euro für Barriere-Freiheit



In den kommenden vier Jahren will das Land Schleswig-Holstein zehn Millionen Euro für Barriere-Freiheit ausgeben.

Alle Abgeordneten im Landtag waren dafür.

Mit dem Geld sollen Gebäude behinderten-gerecht umgebaut werden.

Oder Busse und Bahnen besser ausgerüstet werden.

Oder Texte von Ämtern in Leichte Sprache übersetzt werden.

Das Geld hilft vielen Menschen.

Nicht nur Behinderten.

Auch älteren Menschen oder Eltern mit Kindern.

Das sagt die Abgeordnete Andrea Tschacher von der CDU.

Koalition und Opposition: die Schwerpunkte

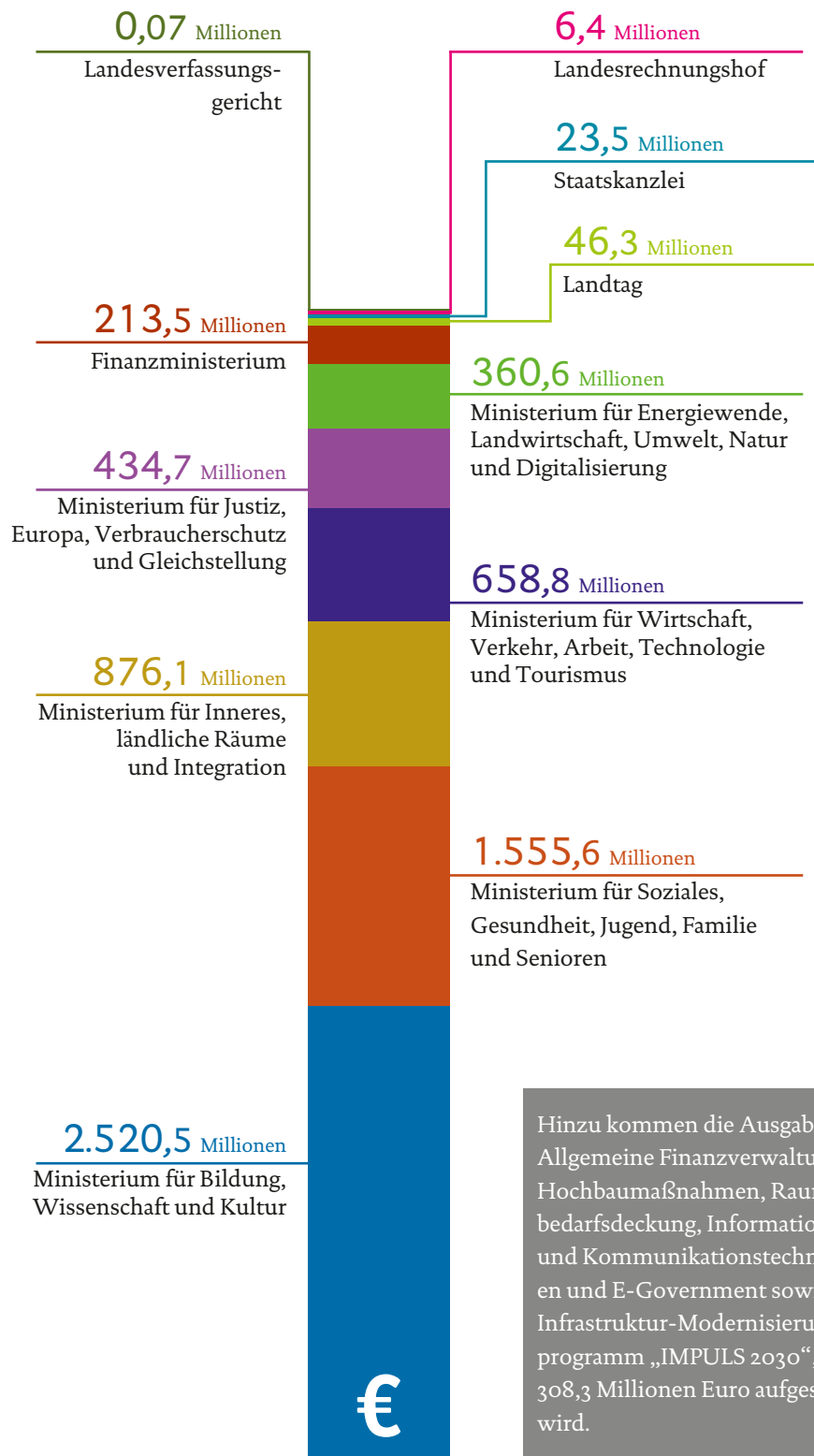
Die Landesregierung hat ein 70 Millionen Euro schweres Entlastungspaket mit Städten, Gemeinden und Kreisen ausgehandelt. Davon fließt knapp die Hälfte in die Kitas. 32 Millionen Euro gehen in ein Sondervermögen für die Schieneninfrastruktur. Fünf Millionen gibt es für ein Sondervermögen für Bürger-Windparks und 2,5 Millionen Euro für 40 weitere Ausbildungsplätze in der Altenpflege. Das Uni-Klinikum in Kiel und Lübeck wird mit einem zinslosen Darlehen von 40 Millionen Euro entlastet. +++ Die Koalitionsfraktionen von CDU, Grünen und FDP haben knapp sechs Millionen Euro zusätzlich für Sport, Kultur und innere Sicherheit verankert. Auch Volkshochschulen und die Verbraucherzentrale sollen profitieren, ebenso die Sprachförderung von Flüchtlingen. Mehr Geld gibt es zudem für Antidiskriminierungsarbeit und den Kampf gegen Rechtsextremismus. +++ Die Sozialdemokraten forderten vergeblich kostenlose Krippenplätze für Kinder unter drei Jahren sowie eine Anhebung der Grundschullehrer-Besoldung von A12 auf A13. Außerdem sollten Beamte nach Willen der SPD teilweise wieder Weihnachtsgeld bekommen. Einsparungen planten die Sozialdemokraten etwa durch eine Kürzung der globalen Mehrausgaben für Personal um 47 Millionen Euro. +++ Die AfD forderte, die Stelle des Flüchtlingsbeauftragten abzuschaffen und die Mittel für die Integration von Migranten in Gesellschaft und Arbeitsmarkt sowie für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe zusammenzustreichen. Extra-Ausgaben sah die AfD hingegen für die Rückführung abgelehnter Asylbewerber vor. Die AfD wollte auch 22 zusätzliche Kriminalkommissaranwärter und 13 weitere Polizeiobermeisteranwärter einstellen. +++ Der SSW verlangte ebenfalls eine bessere Bezahlung der Grundschullehrer. 2,5 Millionen Euro sollten in kostenlose Büchereien fließen, die gleiche Summe in die Tierheime im Lande. Als einzige Oppositionspartei stimmte der SSW dem Jamaika-Haushalt zu, nachdem einige Anträge berücksichtigt wurden.

Landeshaushalt

Investitionen im Schatten

Niedrigzinsen und Rekordeinnahmen bescheren dem Land finanzielle Spielräume, aber die HSH Nordbank trübt die Freude. Ende Februar hat die Jamaika-Koalition ihren ersten Etat durch den Landtag gebracht. CDU, Grüne und FDP wollen in Bildung und Infrastruktur investieren und mehr Geld für Kommunen und Kitas bereitstellen. Zugleich sollen weitere Altschulden getilgt werden. Die Oppositionsfraktionen legten jeweils eigene Anträge mit

Der Landeshaushalt 2018



der HSH Nordbank

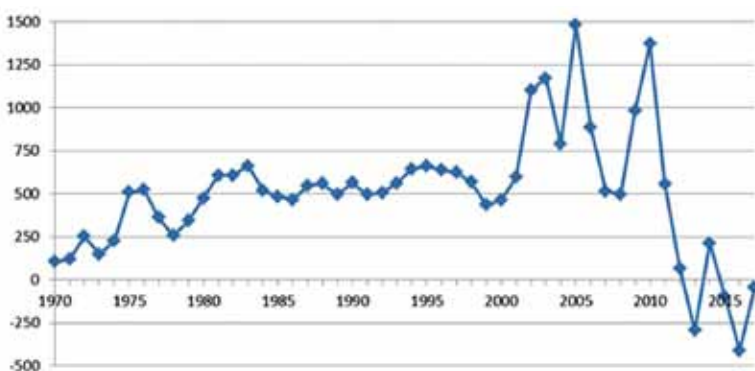
unterschiedlichen Schwerpunkten vor. Eine Woche nach der Haushaltsdebatte standen neue Zahlen im Blickpunkt: Nach dem HSH-Verkauf wird die Schuldenlast des Landes voraussichtlich deutlich ansteigen. Das bedeutet auch: Ab 2019 wird das Land wohl mindestens 50 Millionen Euro mehr pro Jahr an Zinsen zahlen müssen. Die finanziellen Freiräume werden damit enger.

Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen (bereinigt)	12,142 Milliarden €
Anstieg gegenüber Vorjahr	6,4 Prozent
Ausgaben (bereinigt)	11,986 Milliarden €
Anstieg gegenüber Vorjahr	5,3 Prozent
Schuldentilgung	160 Millionen €
Zinsausgaben	506 Millionen €
Personalquote	35,3 Prozent
Investitionsquote	9,8 Prozent
Anstieg der Investitionen gegenüber Vorjahr	1,9 Prozentpunkte

(Quelle: Finanzministerium)

Kreditaufnahme: Inzwischen wird getilgt



Nach 1970 hat das Land jahrzehntelang neue Schulden aufgenommen. Höhepunkt war eine Nettokreditaufnahme von 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2005. Seit 2010 steht die Schuldenbremse in der Landesverfassung und im Grundgesetz. Sie schreibt vor, dass der Landeshaushalt spätestens ab 2020 ohne neue Schulden auskommen muss. Schleswig-Holstein hat dieses Ziel bereits 2013 erstmals erreicht. Damit kann das Land seine angehäuften Schulden tilgen. Der aktuelle Haushalt sieht 160 Millionen Euro für diesen Zweck vor.

Mit rund 26,3 Milliarden Euro stand das Land Schleswig-Holstein im März 2018 in der Kreide. Das besagt die Schuldenuhr des Steuerzahlerbundes, die im Erdgeschoss des Landshauses hängt. Wenn der HSH-Nordbank-Verkauf abgeschlossen ist, dürften die Schulden auf mehr als 30 Milliarden Euro steigen und der Pro-Kopf-Anteil auf mehr als 10.000 Euro.



HSH-Verkauf belastet den Landeshaushalt

Das Land will seine Anteile an der schwer angeschlagenen HSH Nordbank abstoßen. Es gibt einen stattlichen Kaufpreis, aber Schleswig-Holstein soll auch Altlasten der Bank übernehmen. Es drohen ein milliardenschweres Minus und Arbeitsplatzverluste in Kiel.

Die gemeinsame Landesbank von Hamburg und Schleswig-Holstein soll an Finanzinvestoren aus den USA, Großbritannien und Österreich gehen. Die US-Firmen Cerberus und J. C. Flowers halten künftig rund 80 Prozent der Anteile. Das gaben die Landesregierung und der Hamburger Senat am 28. Februar in Kiel bekannt, dem letzten Tag der von der EU gesetzten Verkaufsfrist. Brüssel hatte die Staatsbeteiligung an der Bank moniert und einen Verkauf oder eine Abwicklung gefordert.

Der Kaufpreis beträgt rund eine Milliarde Euro, könnte sich allerdings noch reduzieren. Die Hälfte davon ginge an die Landeskasse, der Rest nach Hamburg. Demgegenüber stehen Verluste, die Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) mit 5,4 bis sieben Milliarden Euro taxiert. Hintergrund ist die milliardenschwere Garantie, mit der die beiden Nord-Länder im Jahr 2009 für faule Kredite gebürgt und damit die HSH gerettet hatten.

Um die Transaktion abzuschließen, müssen der Landtag und die Hamburger Bürgerschaft zustimmen, ebenso die EU-Kommission, die Finanzaufsicht BaFin und die Europäische Zentralbank. Die Verfahren werden wohl erst im Herbst abgeschlossen sein. Der Landtag wird sich voraussichtlich im April mit dem Deal befassen, der Finanzausschuss wurde bereits Anfang März informiert. Ein Nachtragshaushalt, damit das Land Kredite für die HSH-Zahlungen aufnehmen kann, ist auf dem Weg.

Die etwa 800 HSH-Beschäftigten in Kiel fürchten um ihre Jobs. Laut Ministerpräsident Günther gab es keine Zusagen der Bieter für den Standort. Die jahrelange HSH-Krise ende mit einem „schweren Tag für Schleswig-Holstein“, so Günther.

Landtag ebnet den Weg für den „Führerschein ab 16“



Dürfen bald auch 16-Jährige hinter Steuer? Landtag und Landesregierung machen sich für einen Modellversuch „Begleitetes Fahren ab 16“ stark. Das Parlament erhofft sich mehr Sicherheit auf den Straßen, wenn Fahranfänger ein Jahr länger üben können. Bisher dürfen 17-Jährige in Begleitung eines Erwachsenen einen Wagen lenken, bevor sie mit 18 den vollwertigen Führerschein erhalten.

Dieser Schritt habe sich bewährt und solle nun auf 16-Jährige ausgeweitet werden, betonten Abgeordnete aller Fraktionen im Januar. Grundlage des Beschlusses war ein Antrag von Jamaika und SPD. Schleswig-Holstein schließt sich damit einer niedersächsischen Bundesratsinitiative an. Ziel: ein dreijähriger Modellversuch in den beiden Nord-Ländern.

Das 2005 im Lande und 2011 bundesweit eingeführte Fahren mit 17 sei „ein voller Erfolg“, bemerkte Kay Richert (FDP). Es habe zu „weniger Fehlern aus Unsicherheit, weniger Fehlern aus Unerfahrenheit, weniger Fehlern aus Übermut, weniger Verletzten und weniger toten Menschen im Straßenverkehr“ geführt. „Absolut sinnvoll“ lautete auch das Urteil von Kai Vogel (SPD). 16-Jährige dürften bereits jetzt Kleinkrafträder fahren, die

bis zu 100 Kilometer pro Stunde erreichen: „Warum sie dann nicht an der Seite eines erfahrenen Autofahrers ein Auto steuern dürfen, leuchtet mir nicht ein.“

Andreas Tietze (Grüne) warb für „Vertrauen in die Geschicklichkeit der Jugendlichen“. Wer mit 17 unter Anleitung des Vaters oder der Mutter Autofahren übe, produziere 20 Prozent weniger Unfälle als Fahrer ohne solche Praxis, unterstrich Claus Schaffer (AfD). Flemming Meyer (SSW) wies darauf hin, dass auch der Deutsche Verkehrsgerichtstag und der niedersächsische Fahrlehrerverband die Ausweitung empfahlen. Und Hans-Jörn Arp (CDU) betonte: „Alles das, was der Verkehrssicherheit dient, nutzen wir.“

Mehr als 20.000 Jugendliche beteiligen sich jedes Jahr am Begleiteten Fahren mit 17, berichtete Verkehrsminister Bernd Buchholz (FDP). Das sei fast die Hälfte aller Fahrschüler. Die größte Hürde für das „Projekt 16“ steht in Brüssel, denn die EU-Führerscheinrichtlinie sieht derzeit ein Mindestalter von 17 Jahren für Fahranfänger vor. Das Thema soll aber in nächster Zeit im entsprechenden EU-Ausschuss erörtert werden. „Ich bin guter Hoffnung, dass es uns im Laufe dieses Jahres über den EU-Führerscheinausschuss gelingen kann“, so Minister Buchholz.

„Strategie Vision Zero“: Das Fahren mit 16 soll zur beitragen, dass es irgendwann keine Toten im Straßenverkehr mehr gibt, so Andreas Tietze (Grüne).



REIFEGRAD

Was darf man wann?

Mit **16** Jahren darf man...

- in Schleswig-Holstein Gemeinde- und Stadträte, Kreistage sowie den Landtag wählen
- einer Partei beitreten
- Bier, Sekt und Wein kaufen
- sich beim Friseur die Haare färben lassen
- seine Organe spenden
- heiraten, wenn Partner oder Partnerin über 18 sind und die Eltern zustimmen
- ein Konto eröffnen, wenn die Eltern zustimmen
- Mofa und Moped fahren
- ein Segelflugzeug fliegen.

Mit **17** Jahren darf man...

- Bundeswehrsoldat werden
- Auto fahren, wenn ein Erwachsener mit Führerschein mitfährt

Mit **18** Jahren darf man...

- Bundestag und Europaparlament wählen
- sich in Landtag, Bundestag und EU-Parlament wählen lassen
- alleine Auto fahren
- Schnaps kaufen
- ein Sonnenstudio besuchen
- eine Kettensäge bedienen
- in der Öffentlichkeit rauchen
- sich eine Tätowierung oder ein Piercing stechen lassen
- ein Spielkasino besuchen

Kostenlos Bücher leihen? Jamaika hat Zweifel

Der SSW fordert die Gratis-Bücherei. Nach Willen der Minderheitenpartei sollen die Bürger in allen Bibliotheken des Landes keine Gebühren mehr zahlen müssen, wenn sie Bücher, CDs, Filme oder Zeitschriften ausleihen. Das Bibliotheksgesetz solle nach dänischem Vorbild ergänzt werden, so die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering: „Es geht um den Zugang zu Bildung, Kultur und Forschung.“ Dem dürften keine finanziellen Hürden entgegenstehen. Die SPD signalisierte in der Januar-Tagung Zustimmung, die Jamaika-Partner und auch die AfD reagierten allerdings skeptisch. Nun berät der Bildungsausschuss und befragt Verbände und Kommunen.



Die jährlichen Gebühren für einen Büchereiausweis seien „sehr moderat“, entgegnete Anette Röttger (CDU). In Lübeck etwa zahle ein Kind 12 Euro pro Jahr, bei einem Erwachsenen seien es 24 Euro. Darüber gebe es „kaum Beschwerden“. „Solange die kommunalen Haushalte nicht dauerhaft schwarze Zahlen schreiben“, so Röttger, sei eine Gebührenfreiheit nicht angemessen.

Der SSW rechnet mit Einnahmeausfällen für die Kommunen von zwei bis 2,5 Millionen Euro pro Jahr. Diese Summe solle das Land zur Verfügung stellen, forderte Waldinger-Thiering – beispielsweise über den kommunalen Finanzausgleich. Bei der „ausgesprochen guten Finanzsituation des Landes“ sei das zu schaffen. In Schleswig-Holstein gibt es etwa 160 Büchereien und 13 Fahrbüchereien.

Marschbahn: DB soll Strafe zahlen

Landtag und Landesregierung sind sauer auf die Deutsche Bahn (DB) und setzen ein Zeichen: Für die seit Monaten unhaltbaren Zustände auf der Marschbahn vom Festland nach Sylt wird das Land von der DB eine Sondervertragsstrafe von monatlich 250.000 Euro verlangen, wenn die Pünktlichkeit auf der Strecke unter 90 Prozent liegt. Weitere 100.000 Euro pro Monat sollen fällig werden, wenn mehr als ein Prozent der Züge ausfallen. Die DB akzeptierte die Strafe zunächst.

Das kündigte Verkehrsminister Bernd Buchholz (FDP) an und stellte klar: „Es muss weh tun“, damit die Verantwortlichen „in die Hufe kommen“. Für Pendler mit einer Abo-Karte auf der Strecke zwischen Itzehoe und Westerland stellte Buchholz eine einmalige freiwillige Entschädigung des Landes in Aussicht: 50 Euro in der 2. Klasse und 75 Euro in der 1. Klasse. Das Geld soll aus der Vertragsstrafe finanziert werden.

Der Landtag verabschiedete zudem einstimmig einen Antrag von CDU, SPD, Grünen, FDP und SSW, der einen Neun-Punkte-Forderungskatalog an die Bahn stellt. Der Konzern wird aufgerufen, die vertraglich vereinbarte Pünktlichkeit von 93 Prozent ein-

zuhalten, genügend Personal vorzuhalten, Fahrzeuge „in sauberem Zustand“ und mit „ausreichenden Sitzplatzkapazitäten“ bereitzustellen, die Infrastruktur zu pflegen und die Fahrgäste „rechtzeitig und umfassend“ über Betriebsstörungen und Alternativverbindungen zu informieren. Zudem soll das Unternehmen ein „wirksames Wartungs- und Instandhaltungsmanagement am Standort des Bahnbetriebswerks Husum“ einrichten.

Die Pünktlichkeit der Marschbahn habe seit Jahresbeginn bei unter 75 Prozent gelegen, so Christopher Vogt (FDP) – Ende Januar sogar unter 50 Prozent. „In Berlin muss die Botschaft ankommen, dass das Maß bei uns gestrichen voll ist“, merkte Lukas Kilian (CDU)



Verkehrsminister Bernd Buchholz (FDP): „Was sich auf der Marschbahn tut, ist nicht akzeptabel.“

an. „Nur wenn wir der DB gegenüber mit deutlich härteren Konsequenzen drohen, als ohnehin schon im Vertrag stehen, dann wird sich ein Tanker wie die Deutsche Bahn bewegen“, schloss Kai Vogel (SPD) an. Andreas Tietze (Grüne) hielt der Bahn „Rechtsbeugung“ vor, Volker Schnurrbusch (AfD) erklärte, wenn Vertragsstrafen nicht mehr ausreichen, müssten auch Kündigungen ins Auge gefasst werden. Und Flemming Meyer (SSW) ergänzte: „Die Bahn hat uns lange genug an der Nase herumgeführt.“

Schusswaffen: mehr Kontrollen gefordert



Wenige Tage nach dem Amoklauf an einer Schule im US-Bundesstaat Florida hat der Landtag Ende Februar strengere Kontrollen der schleswig-holsteinischen Waffenbesitzer angemahnt. Das Land habe eine Verantwortung dafür, die „Verwahrung und den sicheren Umgang mit Waffen“ im Blick zu behalten, betonte Lars Harms vom SSW, der das Thema angestoßen hatte.

Sportschützen, Jäger und Sammler sollten nicht unter Generalverdacht gestellt werden, betonte Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU). Er nahm die Ordnungsbehörden der Kreise in die Pflicht: „Einige müssen hier deutlich mehr tun.“ Grote betonte, noch bis 1. Juli gebe es die Möglichkeit, illegale Waffen und Munition im Rahmen einer Amnestie ohne Strafe bei der Polizei abzugeben. Jörg Hansen (FDP) stellte fest: Unsere Kontrollmechanismen greifen – auch wenn sie noch intensiviert werden können.“

Eine Entwicklung löste parteiübergreifend Besorgnis aus: Die Zahl der Kleinen Waffenscheine erhöhte sich im Lande von knapp 10.000 im Jahr 2015 auf 20.250 Ende 2017.

Der Kleine Waffenschein berechtigt zum Besitz von Signal-, Reizgas- und Schreckschusspistolen. Die „Silvesternacht von Köln“ 2015/16 habe die Gesellschaft verändert, bemerkte Kathrin Wagner-Bockey (SPD). „Eine Gesellschaft, die danach strebt, sich zu bewaffnen, um sich vor Kriminalität zu schützen, die hat das Vertrauen in den Staat verloren, klagte Claus Schaffer (AfD). Tim Brockmann (CDU) und Burkhard Peters (Grüne) sprachen sich dafür aus, den bisher möglichen Antrag eines Kleinen Waffenscheines übers Internet abzuschaffen. Das Innenministerium strebt höhere Hürden für den Erwerb des Kleinen Waffenscheins an.

Trotz der gestiegenen Zahlen warnte Minister Grote vor übertriebener Sorge: „Waffenbesitz in Deutschland ist die absolute Ausnahme.“ Die Verhältnisse seien ganz anders als in den USA. Im Innen- und Rechtsausschuss wird das Thema vertieft.

Stichwort

Waffen und Recht

Nach dem Amoklauf von Winnenden wurde das deutsche Waffenrecht verschärft. In der baden-württembergischen Stadt hatte 2009 ein 17-Jähriger 15 Menschen getötet und dann sich selbst. Seitdem werden alle privaten Feuerwaffen in einem Nationalen Waffenregister erfasst. Schützen müssen ihre Waffen und die Munition in getrennten und abschließbaren Schränken aufbewahren. Seit Juni 2017 dürfen die Behörden auch verdachtsunabhängig die sichere Aufbewahrung kontrollieren. In Schleswig-Holstein verloren seit 2015 etwa 370 Waffenbesitzer die Zulassung. Weitere Zahlen der Landesregierung:

- Etwa 38.000 private Waffenbesitzer hatten Ende vergangenen Jahres rund 186.300 Pistolen und Gewehre in ihren Schränken.
- Vor allem auf dem Land ist der Waffenbesitz verbreitet. So gibt es im Kreis Rendsburg-Eckernförde etwa 4.800 Schützen, die 25.000 Waffen bei sich lagern. In Flensburg hingegen verfügen lediglich 361 Personen über knapp 2.000 Feuerwaffen.
- Auffällige Unterschiede gibt es auch bei den Kontrollen durch die Waffenbehörden. Die 2.993 Schützen im Kreis Ostholstein erlebten vergangenes Jahr 335 verdachtsunabhängige Kontrollen. In Rendsburg-Eckernförde wurde 2017 nur ein einziger der 4.812 Schützen aufgesucht.



Tim Brockmann (CDU): „Es handelt sich um potentiell tödliche Waffen. Dies rechtfertigt häufige und intensive Kontrollen.“

Gesetzesgrundlage für „Rettungsschuss“ der Polizei

Die AfD will festschreiben, unter welcher Voraussetzung Polizeibeamte einen tödlichen Schuss, den sogenannten finalen Rettungsschuss, abgeben dürfen. Das Landesverwaltungsgesetz soll um die Passage ergänzt werden: „Ein Schuss, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit tödlich wirken wird, ist nur zulässig, wenn er das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Lebensgefahr oder der gegenwärtigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der körperlichen Unversehrtheit ist.“

Angesichts einer gestiegenen Terrorgefahr bräuchten die Beamten eine Rechtsgrundlage für Extremsituationen, so die AfD. Schleswig-Holstein ist neben Mecklenburg-Vorpommern und Berlin das einzige Bundesland ohne eine solche Regelung. Der Entwurf wurde dem Innen- und Rechtsausschuss zugeleitet. Dort kündigte Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) an, bis Jahresende einen eigenen Entwurf zu diesem Thema vorlegen zu wollen.

Neues Justizgesetz lichtet Paragrafen- Dschungel

Die Landesregierung hat den schwer überschaubaren Paragrafen-Dschungel im Landesrecht durchforstet, gelichtet und mit einem einzigen Landesjustizgesetz an die heutige Zeit angepasst. Der Landtag gab im März grünes Licht für das „Gesetz zur Bereinigung des Landesrechts im Bereich der Justiz“.

Damit wurden unter anderem 19 Gesetze und 8 Verordnungen gestrichen, die zum Teil aus dem 19. Jahrhundert und aus der Nazi-Zeit stammen – wie zum Beispiel das „Preußische Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit“ vom 21. September 1899. Einzelne Anpassungen dienen auch der Umsetzung von EU-Richtlinien.

Justizministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) erklärte im Plenum, mit dem Gesetz verringere sich der bürokratische Aufwand im Justizwesen. Es senke die Kosten. Sie begrüßte zudem eine im Zuge der Ausschussberatung eingefügte Regelung, mit der die Einlasskontrollen für Rechtsanwälte an Gerichten vereinfacht werden.

In der Debatte lobten die Vertreter aller Fraktionen das Gesetz. Es erleichtere auch den Bürgern den Zugang zum Recht, hieß es.

Diesel-Autos stoßen Stickoxid aus, das mit Sauerstoff zu giftigem Stickstoffdioxid reagiert. Das macht Diesel-Abgase besonders gesundheitsgefährdend.



Landtag sucht nach Alternativen zum Diesel-Fahrverbot

Städte dürfen grundsätzlich Fahrverbote für Diesel-Autos verhängen, um gegen schmutzige Luft vorzugehen. Das hat das Bundesverwaltungsgericht im Februar entschieden – und liegt damit konträr zur Position des Landtages. Der sprach sich im März erneut gegen ein generelles Diesel-Fahrverbot aus und sieht auch eine Blaue Plakette für relativ saubere Diesel-Autos nicht als Lösung.

Umweltminister Robert Habeck (Grüne) sucht für die besonders stark mit Stickoxid belastete Hauptverkehrsader in Kiel, den Theodor-Heuss-Ring, nach mildereren Alternativmaßnahmen.

Das Umweltministerium, das für die Luftreinhaltung zuständig ist, arbeite gemeinsam mit der Stadt Kiel an einem so genannten Luftreinhalteplan. „Die Zeit drängt“, sagte Habeck im Landtag mit Blick auf die Deutsche Umwelthilfe. Sie klagt aufgrund der anhaltend hohen Luftbelastung in Kiel gegen das Ministerium. Die Bundesregierung müsse Regelwerke mit differenzierten Lösungen schaffen, um pauschale Fahrverbote zu verhindern, appellierte Habeck.

AfD: „Feldzug gegen die deutsche Automobilindustrie“

Die AfD, die das Thema im März auf die Tagesordnung gesetzt hatte, sprach sich gegen eine Blaue Plakette aus, wie sie Umweltschützer und einige Kommunen fordern. Damit sollen relativ saubere Diesel-Autos von Fahrverboten in bestimmten Stadtbereichen ausgenommen werden können. AfD-Politiker Volker Schnurrbusch sagte, Dieselfahrer müssten mobil bleiben und „ein Feldzug gegen die deutsche Automobilindustrie“ sei „unverantwortlich“. Er warf der

Deutschen Umwelthilfe „Lobbyismus“ vor. Ein AfD-Antrag gegen die Auto-Kennzeichnung wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Sie gingen in der Debatte vor allem auf Lösungen abseits von Plaketten ein.

Die SPD forderte die Automobilindustrie zu kostenfreien Soft- und Hardware-Nachrüstungen bei den Fahrzeugen auf. Verantwortung müssten „die Betrüger, nicht die Betrogenen“ tragen, erklärte Fraktionschef Ralf Stegner. Ein entsprechender SPD-Antrag wurde abgelehnt.

CDU-Fraktionschef Tobias Koch stellte sich gegen Fahrverbote und ging die Problematik der Luftbelastung ein: An Industriearbeitsplätzen gelte ein Grenzwert von 950 Mikrogramm Stickoxid pro Kubikmeter Luft für mehrere Arbeitsstunden am Tag – am Theodor-Heuss-Ring waren 54 Mikrogramm gemessen worden. „Selbst für Büroräume ist mit 60 Mikrogramm eine höhere Belastung erlaubt als auf dem Fußweg am Theodor-Heuß-Ring“, machte er deutlich.

Der liberale Fraktionschef Christopher Vogt sagte, die Dieselsechnologie sei besser als ihr Ruf. Er forderte für Kiel eine Stärkung des Nahverkehrs und eine Verbesserung des Verkehrsflusses.

Grüne sehen Oslo als Vorbild

Kiel könnte von der „innovativen und klugen“ Stadt- und Mobilitätspolitik Oslos lernen, sagte Andreas Tietze (Grüne). „100.000 E-Fahrzeuge, freie Schnell-Ladeinfrastruktur in der Stadt, E-Autos fahren auf Busspuren und sind von der City-Maut ausgenommen. Bis 2030 will Oslo den Verbrennungsmotor im gesamten Stadtgebiet verbieten.“

Flemming Meyer (SSW) sieht die Bundesregierung in der Pflicht. Sie dürfe Kommunen und Länder nicht allein lassen. Ein Diesel-Fahrverbot auf dem Theodor-Heuss-Ring lehnt er ab. Das löse das Problem nicht, sondern verlagere es nur auf andere Straßen.

Zwischen effektiv und schädlich: Streit um Glyphosat

Das Pflanzengift Glyphosat beschäftigt seit Jahren die Politik und Öffentlichkeit. Im Dezember hatte der damalige Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) einer weiteren EU-weiten Zulassung des Herbizids zugestimmt – und damit das Klima zwischen Union und SPD zwischenzeitlich verdorben. Im neuen „GroKo“-Vertrag wird angekündigt, den Glyphosat-Einsatz „so schnell wie möglich“ zu beenden. Der Bundesrat diskutiert über ein Teilverbot, etwa für Privatgärten oder Kitas. Was ist also der richtige Umgang mit dem Unkrautmittel? Die Sozialdemokraten im Landtag fordern den Ausstieg, der Umwelt- und Agrar-ausschuss bat Experten um Stellungnahmen. Eine Auswahl:

„Vor der Entscheidung, ein glyphosat-haltiges Herbizid einzusetzen, ist zu prüfen, ob **alternative Verfahren** möglich sind. Dabei sollte auch ein Pflugeinsatz mit in Betracht gezogen werden. Bodenbearbeitungsmaßnahmen sowie acker- und pflanzenbauliche Maßnahmen können unter bestimmten Bedingungen gute Erfolge liefern.“
(Julius Kühn-Institut, Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen, Braunschweig)

„Grundsätzlich sind wir der Auffassung, dass der Eintrag von Chemikalien und Fremdstoffen in den Boden vor dem Hintergrund der häufig unbestimmten Veränderungsprozesse auf dem Weg in Grund- und damit **Trinkwasser** vermieden werden muss. Es darf nicht sein, dass der Verbraucher ggf. Jahre später für die Kosten der Beseitigung von Schadstoffen aus dem Grundwasser aufkommen muss.“
(Verband Schleswig-Holsteinische Energie- und Wasserwirtschaft)



Erst summ, dann stumm:
Ein Flashmob stellte Ende Januar vor dem Landeshaus die Auswirkung von Glyphosat auf Bienen szenisch dar.

„Aus ökonomischer Sicht wäre es sinnvoll, einerseits Anreize zur Reduktion des Glyphosateinsatzes zu schaffen, andererseits aber das Mittel nicht zu verbieten. Alternative Unkrautbekämpfungsstrategien würden so gefördert werden, aber Landwirte würden vor unverhältnismäßigen **Verlusten** geschützt.“
(Eidgenössische Technische Hochschule Zürich)

„Die Diskussion um Glyphosat und andere Pestizide muss breiter geführt werden, nämlich vor dem Hintergrund der Massentierhaltung, der verkommerzialisierten Landwirtschaft und der (mangelnden) Bereitschaft von Verbrauchern, für nachhaltige Produkte **höhere Preise** zu bezahlen.“
(UK-SH Kiel, Institut für Toxikologie und Pharmakologie)

„Glyphosat ist effektiv, effizient und das am umfangreichsten erforschte Herbizid weltweit. Alternative Methoden des Pflanzenschutzes, welche ein vergleichbares Sicherheitsprofil bei konstanter Effektivität aufweisen, sind nicht verfügbar. Bei einem

Ausstieg aus Glyphosat oder einer Verschärfung der Anwendungsbestimmungen in der Landwirtschaft wären **Ertragseinbrüche** und Preissteigerungen zu erwarten; manche Kulturart würde vom Markt verschwinden.“
(Industrieverband Agrar, Frankfurt am Main)

„Ein alleiniges Verbot dieses Totalherbizids würde die mit dem Pestizideinsatz verbundenen ökologischen Probleme früher oder später auf **andere Spritzmittel** verlagern.“
(NaturFreunde Deutschland, Landesverband SH, Kiel)

„Solange die gesundheitlichen Auswirkungen von Glyphosat bzw. Präparaten, die dieses enthalten, wissenschaftlich umstritten sind, muss im **Zweifel** zum Schutze der Verbraucherinnen und Verbraucher gehandelt werden.“
(foodwatch Deutschland, Berlin)

Stichwort Glyphosat

Glyphosat gilt als verlässlicher Unkrautvernichter. Das Umweltbundesamt moniert allerdings, dass Glyphosat so viel Grünzeug zerstört, dass Insekten und Feldvögeln die Lebensgrundlage entzogen wird. Die Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation WHO stuft Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ für Menschen ein. Die EU-Lebensmittelbehörde Efsa und die EU-Chemikalienagentur Echa meinen hingegen, dass die Erkenntnisse für eine solche Einstufung nicht ausreichen. In Deutschland werden jedes Jahr rund 37 Prozent der Ackerfläche mit Glyphosat besprüht. 5.000 Tonnen des Herbizids landen jährlich auf Deutschlands Feldern.

Wer darf Arzt werden? „Mehr als ein Einser-Abi nötig“

Auf jeden Medizin-Studienplatz kommen in Deutschland fünf Bewerber. Entsprechend hart sind die Auswahlkriterien. Im Zentrum: die Abi-Note. Doch das Vergabeverfahren muss nach Willen des Bundesverfassungsgerichts nachgebessert werden. Die entscheidende Frage: Wie kann man feststellen, ob aus einem jungen Schulabgänger später ein guter Arzt wird? Darüber diskutierte der Bildungsausschuss Anfang März mit Bildungsstaatssekretär Oliver Grundei sowie mit Medizin-Professoren und -Studenten von den Unis Kiel und Lübeck.

Wie aussagekräftig ist die Abi-Note?

Bisher werden 20 Prozent der Studienplätze über die besten Schulnoten vergeben. Weitere 20 Prozent werden nach Wartesemestern verteilt und 60 Prozent über ein Auswahlverfahren direkt bei den Hochschulen. Das hat ebenfalls die Abi-Note als Grundlage. Bewerber können ihren Notenschnitt aber um bis zu 0,8 verbessern, wenn sie eine berufliche Vorbildung haben, etwa als Krankenpfleger, und wenn sie beim „Test Medizinische Studiengänge“ (TMS) gut abschneiden.

Ein Problem liege darin, dass die Qualität des Abiturs und auch die Notenvergabe von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich seien, so Staatssekretär Grundei. Das Ziel: Es müsse „irgendwann mal vergleichbare Abi-Prüfungen“ geben. Lasse Petersdotter (Grüne) bezweifelte, dass die Note Rückschlüsse auf die Eignung eines Studenten zulasse. Eine gute Zensur besage lediglich, dass sich jemand im „System der Noten“ gut behaupten könne. Das sah Heiner Dunckel, SPD-Abgeordneter und ehemals Rektor der Uni Flensburg, anders: „Die Abi-Note ist immer noch das beste Kriterium.“ Die Aussagekraft von Tests sei viel ungenauer. Der TMS sei außerdem für



junge Menschen sehr teuer, stellte Maximilian Wanker von der Lübecker Medizin-Fachschaft klar. Zu den 74 Euro für die Teilnahme kämen Hunderte Euro für Fachbücher und Vorbereitungsseminare.

Wie wichtig sind Interesse und Engagement?

Die Abi-Note dürfe nur eines von mehreren Kriterien sein, betonten Jakob Voran und Wolfram Griep von der Fachschaft Medizin der Kieler Uni. So sei die soziale Kompetenz enorm wichtig. Prof. Jürgen Westermann, Studiengangleiter für Humanmedizin an der Uni Lübeck, stellte das Modell seiner Hochschule vor. Dort werden pro Jahr 120 Studienplätze über Bewerbungsgespräche vergeben. Dabei spielen Kriterien wie Motivation, Engagement, Belastungsfähigkeit und Kommunikation eine Rolle. Sein Vorschlag: Jeder angehende Mediziner solle vor dem ersten Semester zehn Monate lang in einem Gesundheitsberuf mitarbeiten – als „Motivationstest“. Da ging die Kieler Fachschaft auf Gegenkurs: Studenten dürften nicht als billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden.

Wie sinnvoll ist eine Landarztquote?

Auf dem platten Land gibt es immer weniger Ärzte. Die Jamaika-Partner wollen deswegen schon an der Uni künftige Landärzte anwerben. Laut Koalitionsvertrag soll ausgelotet werden, „wie bereits im Studium angehende Medizinerinnen und Mediziner für eine freiberufliche Tätigkeit gewonnen werden können“. Bei Studenten wie bei Professoren stößt das auf Skepsis. Es sei eine massive „Einschränkung“ und „nicht zumutbar“, wenn sich Studienanfänger in jungen Jahren für Jahrzehnte beruflich festlegen sollten,

hieß es bei der Kieler Fachschaft. Zudem sei das Medizin-Studium sehr breit angelegt, bemerkte Prof. Ingolf Cascorbi, Studiendekan an der Uni Kiel: „Es beinhaltet alles vom Landarzt bis zur Spitzenforschung.“ Staatssekretär Grundei sah ebenfalls das Problem, „dass sich 18- oder 19-Jährige für so lange im Voraus verpflichten sollen“. Allerdings: Wer in den Sanitätsdienst der Bundeswehr eintrete, tue dies schließlich auch.

Stichwort

16 Länder müssen gemeinsam nachbessern

Bis Ende 2019 haben die Länder Zeit, Mängel im Vergabeverfahren für Medizin-Studienplätze zu beheben. Das entschied das Bundesverfassungsgericht im Dezember letzten Jahres (Az. 1 BvL 3/14 und 4/14). So muss bei der Vergabe nach Wartesemestern der Zeitraum begrenzt werden. Aktuell sind etwa 15 Halbjahre nötig, um zum Zuge zu kommen. Auch der Zwang zur Festlegung auf maximal sechs gewünschte Studienorte steht in der Kritik. Die Auswahltests müssen standardisiert werden, und eine Vergleichbarkeit der Abiturnoten über Landesgrenzen hinweg muss sichergestellt werden. Die Kultusministerkonferenz arbeitet derzeit am Entwurf für einen Staatsvertrag der 16 Länder. Eckpunkte sollen bis Mai vorliegen, im Herbst soll der Text fertig sein. Auch eine neue Vergabe-Software wird benötigt.

„Jugend im Landtag“ auf Werbetour im Innenausschuss



Eine Stunde lang hat sich der Innen- und Rechtsausschuss Anfang Februar mit den Anliegen der „Jugend im Landtag“ (JiL) befasst. Das Jugendparlament hatte im vergangenen November einen umfangreichen Forderungskatalog an die „große Politik“ aufgestellt. Nun warben Mira Osthorst und Konstantin von Gregory aus dem JiL-Präsidium bei den Fachpolitikern für ihre Positionen.

Eine zentrale Forderung: Der Mindestlohn von 8,84 Euro soll auch für Unter-18-Jährige gelten, die sich etwas dazu verdienen. „Ein Jugendlicher bekommt manchmal nur 5,40 Euro pro Stunde, das ist nicht fair“, berichtete Konstantin. Kai Dolgner (SPD) mahnte, der Lohn für einen Nebenjob dürfe nicht attraktiver sein als die Bezüge von Azubis – um Schulabgänger nicht von einer Lehre abzuschrecken.

Zudem spricht sich die „Jugend im Landtag“ für eine Freigabe von Cannabis ab

Konstantin von Gregory und Mira Osthorst von „Jugend im Landtag“ im Gespräch mit den Innenpolitikern

21 Jahren aus. Die Altersgrenze „nach amerikanischem Vorbild“ nehme Rücksicht auf mögliche Schäden, die die Droge während des Wachstums verursachen könnte. Die Jamaika-Partner verwiesen auf ein geplantes „Modellprojekt“ zu diesem Thema.

Einig waren sich Nachwuchs- und Berufspolitikern darin, dass mehr Jugendliche zum Mitmachen in der Politik begeistert werden müssten. „Es ist immer schwierig, Jugendliche zu finden, die sich in den Jugendbeiräten engagieren“, so die Ausschussvorsitzende, die CDU-Abgeordnete Barbara Ostmeier. Das konnte JiL-Präsidentin Mira bestätigen: „Mein Dorf ist einfach zu klein. Ich finde keine Mitstreiter, und alleine kann man kein Beirat sein.“ Der gemeinsame Appell an Parteien, Verwaltungen und Schulen: „Geht auf die Jugendlichen zu und nutzt das Potential!“

Die Anregungen der „Jugend im Landtag“ werden nun in den Fraktionen weiter beraten. Mira und Konstantin waren im Anschluss erfreut über die „spannende“ Diskussion: „Die haben sich wirklich mit unseren Anträgen beschäftigt.“ Auch der Bildungsausschuss hörte Anfang März das JiL-Präsidium an.

Europa: Finanzreform zulasten Schleswig-Holsteins?

Bis zu 780 Millionen Euro aus dem Europäischen Strukturfonds könnten für Schleswig-Holstein verloren gehen, falls die Kürzungspläne von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker umgesetzt werden sollten. Mit dieser ernüchternden Erkenntnis kehrte der Europaausschuss Anfang März von einer mehrtägigen Reise nach Brüssel zurück.

Juncker will in der nächsten Finanzperiode von 2021 bis 2027 nur noch strukturschwache Regionen in ärmeren Mitgliedsstaaten unterstützen. Hintergrund ist der bevorstehende EU-Austritt Großbritanniens. Dadurch werden im Brüsseler Haushalt wohl bis zu 14 Milliarden Euro pro Jahr fehlen. „Der Brexit kostet uns Geld“, stellte der SPD-Abgeordnete Bernd Heinemann nach der Reise fest. „Wir werden wohl um Kürzungen nicht herkommen“, merkte Stephan Holowaty (FDP) an. Neben Deutschland seien auch andere „Kernstaaten“ wie Frankreich, die Benelux-Länder, die nordischen Staaten und Österreich betroffen, so Holowaty. Dies sei insgesamt „keine Werbung für die EU“. Ungeschoren sollen nach den Juncker-Plänen

hingegen Länder wie Polen oder Ungarn bleiben, die wegen ihren autoritären Regierungen in der Kritik stehen. Hartmut Hame-rich (CDU) mahnte vor diesem Hintergrund den Aspekt der „Rechtsstaatlichkeit in den Empfängerländern“ an. Volker Schnurrbusch (AfD) sah zudem Italien, wo europaskeptische Populisten die Parlamentswahl im März gewonnen haben, als „echte Bedrohung des Zusammenhalts in Europa“.

Der Europaausschuss will nun eng am Ball bleiben. „Uns wurde deutlich gezeigt, dass wir als Landtag an dem politischen Prozess

beteiligt bleiben müssen“, unterstrich der Ausschussvorsitzende, der SPD-Abgeordnete Wolfgang Baasch. Und Rasmus Andresen (Grüne) betonte: „Das geht nicht nur die Landesregierung an, sondern auch das Parlament.“

Die nächste Wegmarke folgt Anfang Mai. Dann will Haushaltskommissar Günther Oettinger seine konkrete Finanzplanung vorlegen. Mit Oettinger trafen die Abgeordneten in Brüssel zusammen. Der CDU-Politiker hatte zuvor Deutschland aufgefordert, seine EU-Zuschüsse zu erhöhen. Die Brexit-Lücke müsse je zur Hälfte durch Kürzungen und durch Zuschüsse aus den reichen Ländern ausgeglichen werden, so der EU-Kommissar im Gespräch mit den schleswig-holsteinischen Abgeordneten.



Im Hanse-Office, der Brüsseler Vertretung von Schleswig-Holstein und Hamburg, diskutierte der Europaausschuss mit EU-Kommissar Günther Oettinger (hinten rechts). Insgesamt trafen sich die Abgeordneten mit rund einem Dutzend Vertretern aus Politik, Verbänden und Verwaltung.



„Rocker-Affäre“: Landtag richtet Untersuchungsausschuss ein

Es geht um möglicherweise manipulierte Akten, um Mobbing-Vorwürfe gegen hochrangige Polizisten und um die Besetzung von Führungsstellen in der Landespolizei. Der Landtag will die Ereignisse um die sogenannte Rocker-Affäre in einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) aufklären. Alle Fraktionen stimmten Ende Februar dafür, am 18. April soll es losgehen.

Bereits in der vergangenen Wahlperiode hatten die Piraten die Aufklärung angestoßen, inzwischen hat der Innen- und Rechtsausschuss rund 80 Aktenordner gesichtet, und Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) hat seinen Amtsvorgänger Klaus Buß (SPD, im Amt von 2000 bis 2005) zum Sonderermittler ernannt. Nun folgt der PUA. Er hoffe auf „Aufklärungswillen und Kooperationsbereitschaft aller Beteiligten“, so der SPD-Abgeordnete Kai Dolgner. Im Ausschuss dürfte es auch um die Frage gehen, inwieweit die verschiedenen Innenminister von CDU und SPD im Laufe der Jahre über die Vorgänge im Bilde waren. Claus Christian Claussen

(CDU) warnte aber vor einem „fröhlichen Scheibenschießen auf Ex-Innenminister“.

Burkhard Peters (Grüne) sah das Kernproblem in der Rolle der „V-Leute“. Die Doppelrolle der „Vertrauenspersonen“ als Bandenmitglied und Polizeispitzel beinhalte eine „schwerwiegende Infektionsgefahr für den Rechtsstaat“. Jan-Marcus Rossa (FDP) verwies auf „kurios anmutende Personalentscheidungen“ in der Landespolizei im Jahr 2013. Damals seien Führungskräfte trotz massiver Mobbing-Vorwürfe befördert worden. Warum dies geschehen sei, müsse der PUA klären. Die „Rocker-Affäre“ habe das Bild der Landespolizei in der Öffentlichkeit beschädigt, stellte Claus Schaffer (AfD) fest. Dies gelte es nun zu korrigieren.

Lars Harms (SSW) äußerte Zweifel, ob der Untersuchungsausschuss die Wahrheit zutage fördern könne. Er hätte eine richterliche Untersuchung der Vorfälle bevorzugt, so Harms. Es bleibe zu hoffen, dass man im PUA „trotz unterschiedlicher Parteiinteressen gemeinsam an der Klärung der Sachverhalte arbeitet“.

Der Auftrag

Die SPD hat 80 Einzelfragen aufgelistet, CDU, Grüne und FDP haben den Untersuchungsauftrag ergänzt. Die Kernpunkte:

Rocker: Es geht um eine Messerstecherei in einem Schnellrestaurant in Neumünster im Jahr 2010 zwischen Mitgliedern der „Bandidos“ und rivalisierenden „Red Devils“. Zwei Ermittler geben an, ihr Vorgesetzter im Landeskriminalamt habe sie gehindert, entlastende Aussagen zugunsten von zwei beschuldigten Rockern vollständig zu protokollieren. Die Frage steht im Raum, ob ein Informant aus der Szene geschützt werden sollte – auf Kosten eines rechtsstaatlichen Verfahrens.

V-Leute: Darüber hinaus geht es grundsätzlich um den Umgang der Polizei mit sogenannten V-Leuten (Vertrauenspersonen), die Informationen aus dem Umfeld von Kriminellen liefern. Der „Bandidos“-Informant hätte gar nicht für die Polizei arbeiten dürfen, lautet ein Vorwurf. Denn es lief zu dieser Zeit ein Verbotsverfahren gegen den Rocker-Club.

Mobbing: Die beiden Ermittler behaupten, sie seien von ihren Vorgesetzten gemobbt und gegen ihren Willen versetzt worden. Der PUA will den Bericht einer polizeiinternen Mobbing-Kommission auswerten, in dem schwere Vorwürfe gegen den späteren Landespolizeidirektor Ralf Höhs erhoben werden.

Landespolizei: Ferner will der Ausschuss die Motive von Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) beleuchten, der im Herbst vergangenen Jahres überraschend Landespolizeidirektor Höhs sowie den Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium, Jörg Muhlack, abgesetzt hatte. Grote trat Mutmaßungen entgegen, seine Personalentscheidung stehe im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen die Rocker.

Polizeischule: Es soll mehreren Verdachtsfällen von Sexismus und Rassismus an der Polizeischule Eutin nachgespürt werden, darunter auch einer möglicherweise rassistischen Äußerung eines Ausbilders.



Kai Dolgner (SPD): Ein Kernpunkt des Untersuchungsausschusses müsse die Frage sein, ob die Polizeiführung „korrekt mit kritischen Beamten“

umgegangen ist. Es gebe „drastische“ Berichte über das Klima in der Landespolizei.



Claus Christian Claussen (CDU): „Wir treten nicht an, um im Nachhinein alles besser zu wissen.“ Der PUA könne aber den Betroffenen

helfen, „dieses Kapitel für sich selbst abschließen zu können“.

Weitere Informationen

Den Vorsitz des PUA wird der CDU-Abgeordnete Claus Christian Claussen übernehmen. Weitere Informationen zur Zusammensetzung, zu den Rechten eines PUA und zu den Sitzungsterminen lesen Sie in der kommenden Ausgabe der Landtagszeitschrift.

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) zur „Rocker-Affäre“, den der Landtag im Februar eingerichtet hat, ist der insgesamt 28. seit 1947. Einige Polit-Skandale, die Gegenstand eines Untersuchungsausschusses waren, sind heute beinahe vergessen. In Erinnerung blieben die Ausschüsse zur „Barschel-Pfeifer-Affäre“ 1987/88 und zur „Schubladen-Affäre“ 1993 bis 1995 – und die beiden PUA über den Euthanasie-Arzt Werner Heyde in den Jahren 1960/61. Der tausendfache Mörder war unter dem Namen Fritz Sawade in Schleswig-Holstein untergetaucht. Den Skandal um Nazi-Seilschaften hat der Historiker Dr. Ulrich Erdmann aufgearbeitet. Wir drucken seinen Text in gekürzter Fassung, die ungekürzte Version erscheint im Frühjahr in dem Buch „In Druck und auf Sendung. Schleswig-Holsteins Medienlandschaft 1955–2000“ von Ulrich Erdmann und Michael Legband, herausgegeben vom Kieler Presse-Klub im Kieler Verlag Ludwig.

Zwei Untersuchungsausschüsse für einen NS-Mediziner: die Heyde/Sawade-Affäre

Mit der „Heyde-Sawade-Affäre“ rückte Schleswig-Holstein 1959 durch einen der größten Nachkriegsskandale um die unbewältigte NS-Vergangenheit sogar international in den Blickpunkt der Öffentlichkeit.

In die Kritik gerieten dabei gesellschaftliche Spitzen des Landes in der Ärzteschaft, unter Richtern, Staatsanwälten und hochrangigen Beamten: Zwar wussten diese um die verschleierte Identität eines steckbrieflich gesuchten Massenmörders, zeigten aber diesen und seine öffentliche Gutachtertätigkeit unter falschem Namen nicht an. Stattdessen schwiegen sie und blieben bis zu einem Jahrzehnt lang untätig.

Wurde die Flucht des enttarnten Verbrechers im November 1959 aus Flensburg bis Frankfurt am Main anfangs noch durch zufällige Ungeschicklichkeiten der Behörden begünstigt, mussten sich auch die politisch Verantwortlichen in Schleswig-Holstein nun mit all diesen Versäumnissen befassen. Dazu setzte der Kieler Landtag auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion nicht nur einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) für 1960/61 ein, sondern (auf Antrag der Regierungsfractionen von CDU und FDP) zeitgleich sogar zwei. Letzterer galt ausschließlich einem Abgeordneten der größten Oppositionsfraktion und Journalisten, der mit seiner Rede im Plenum und Zeitungs-

artikeln auch die Landesregierung und Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel in den Verdacht der Mitwisserschaft gerückt hatte.

SS-Arzt an 100.000 Morden beteiligt

Zentralfigur des Skandals war der Würzburger Psychiater und Mediziner Prof. Dr. Werner Heyde (1902–1964). Dieser entwickelte und organisierte ab 1939 in Berlin das anfangs geheim gehaltene Programm „Aktion T4“ zur Tötung von Menschen (zunächst von körperlich oder geistig Behinderten). So führte Heyde als medizinischer Leiter im Januar 1940 die erste Probevergasung von Menschen auf reichsdeutschem Gebiet durch, indem er in Brandenburg an der Havel in einen luftdicht umgebauten Gefängnis-Duschraum Kohlenmonoxidgas einleitete und durch ein Guckloch die Todeskämpfe dieser Euthanasieopfer studieren ließ.

Auch anderenorts ließ der „Obergutachter“ (und SS-Standartenführer) Heyde bis 1945 mit seinen Entscheidungen nach Aktenlage wie auch durch seine Selektionen z.B. in Konzentrationslagern mehr als 100.000 Menschen (Behinderte, rassistisch verfolgte Anstaltsinsassen, Häftlinge oder Patienten) durch Kohlenmonoxid, Medikamentenspritzen, Unterernährung oder Zyklon-B-Gas zu



Tode bringen. Zum Kriegsende leitete Heyde ein SS-Lazarett im deutsch-dänischen Grenzgebiet, wurde interniert und konnte 1947 auf dem Gefangenentransport zu den „Nürnberger Ärzteprozessen“ den alliierten Wachtoldaten entkommen.

Dabei zog es den Verbrecher zu den Verhältnissen in Schleswig-Holstein zurück, und seine Flucht führte ihn über Kiel-Mönkeberg nach Flensburg. Dort konnte er sich offenkundig problemlos unter dem Namen Dr. Fritz Sawade ansiedeln und zunächst als Sportmediziner, dann im Land als Gutachter vor Gerichten und für Versicherungsämter etablieren. Unter diesem Falschnamen war es Heyde zwar nicht möglich, eine Approbation als Mediziner vorzulegen, aber er hatte bis zu seiner Enttarnung im November 1959 auf das Schweigen der zahlreich eingeweihten Mitwisser u.a. in höheren Mediziner- und Juristenkreisen von Schleswig-Holstein zählen können.

Journalist beklagt „Schweigemauer“

Eine zentrale Rolle spielte dabei der Direktor des Oberversicherungsamtes und spätere Präsident des Landessozialgerichts, Dr. Ernst-Siegfried Buresch. Dieser konnte mehrere Male ein drohendes Auffliegen abwenden, bis 1959 die Doppelidentität von Heyde/Sawade

Viele wußten von Heyde / Sawade - keiner von seinen Mordtaten!

Arzt und Richter kannten SS-Arzt Heyde wieder - Staatsanwalt Bourwig belastet

Kiel (hp). Von neun Zeugen, die der Parlamentarische Untersuchungsausschuß in Sachen Heyde/Sawade gestern vernahm, hatten acht Gerüchte über den falschen Namen des Flensburger Gutachters gehört oder wußten sogar genau, daß sich hinter Sawade der frühere Würzburger Ordinarius Prof. Heyde verbarg. Keiner jedoch wußte von Euthanasie-Morden, keiner hätte nach dem Nürnberger Ärzte-Prozeß gelesen, daß Heyde gesucht wurde.

Der Flensburger Nervenarzt Hans-Hugo Jansen kannte Heyde aus dem Krieg. Im Lazarett Prag hatte Heyde (in SS-Uniform!) einen Patienten von Jansen behandelt. Nach dem Kriege machte einer seiner Patienten den Flensburger Arzt darauf aufmerksam, daß der in Flensburg lebende Dr. Sawade mit Prof. Heyde identisch sei. „Das war mir uninteressant“, sagte Jansen und motivierte sein mangelndes Interesse damit, daß er von Steckbrief, Fahndung und Mordtaten Heydes nichts gewußt habe. Den Namenswechsel führte der Zeuge auf „irgendwelche politischen Angelegenheiten“ zurück.

Jansen sollte sogar Sawades Nachfolger als Gutachter beim Landes- sozialgericht werden. Diesen Vorschlag machte ihm Prof. Glatzel, der Jansen gefragt haben soll: „Wissen Sie, wer das ist?“ Und da Jansen nichts vorliegt, deswegen ziehen wir ihn heute zu Gutachten heran.“ — Dr. Lauersen ist inzwischen verstorben.

Wegen dieser Mitteilung von Lauersen will Schlüter es nicht als seine Pflicht angesehen haben, Sawade anzuzeigen, von dem er glaubte, daß er jetzt seinen Namen rechtmäßig führe. Er sagte daher auch nichts, als Sawade in einem Strafprozeß als

wegen der Amnestie eigentlich seinen richtigen Namen wieder annehmen“.

Ein Professor aus Würzburg

Auch der Lübecker Sozialgerichtsrat Rolf Meyer-Siebert hat schon früh Gerüchte um Sawade gehört. 1953 hörte er von einem beamteten Arzt des Landesversorgungsamtes: „Das ist Dr. Sawade? Das ist doch ein Professor aus Würzburg!“ Meyer-Siebert meint, auch der Name sei gefallen, und es könne wohl Heyde gewesen sein. Auch er glaubte, der Mann habe seinen richtigen Namen aufgegeben, weil es ihm gelungen sei, der Besatzungsmacht zu entkommen. Dieser Sozialrichter glaubt, daß er aus einer Liste noch den Namen jenes Arztes herausfinden werde, der 1953 Heyde erkannte.

Sozialgerichtsrätin Ilse Stumpf aus Schleswig hatte 1954 jene Akte zu bearbeiten, zu der sowohl Prof. Creutzfeldt wie auch Dr. Sawade Gutachten gegeben hatten. In der Stellungnahme Creutzfeldts war von dem „angeblichen Dr. Sawade“ die Rede, und außerdem lag ein Brief an



Die Vorsitzenden des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags in Sachen Heyde/Sawade, Dr. Paul Rohloff (CDU - rechts im Bild) und Heinz Adler (SPD), werden Anfang Februar in Frankfurt a. M. die Ermittlungsakten gegen Prof. Dr. Werner Heyde einsehen. (ch)

zeige war zweifellos die offenbar krasse Widerlegung des Creutzfeldt-

Neue Hinweise —

Insbesondere SPD-nahe Blätter griffen die Affäre auf. Links die „Flensburger Presse“ vom 19. November 1959, oben die Kieler „Volkszeitung“ vom 26. Januar 1961.

von hochgestellten Ministerialbeamten und Politikern offiziell nicht länger ignoriert werden konnte.

Der nebensächliche Anlass war in Kiel ein Nachbarschaftsstreit einer lautstark feiernden Burschenschaft mit dem Klinikchef für Innere Medizin, Prof. Dr. Helmuth Reinwein. Dieser führte deswegen im Juli 1959 nicht nur eine Unterredung bei Ministerpräsident von Hassel und Kultusminister Edo Osterloh, sondern bekam dann von Innenminister Helmut Lemke zwei Mal dessen pensionierten Ministerialdirektor Dr. Ernst Delbrück zu Vermittlungsgesprächen in sein Haus am Kieler Niemansweg geschickt.

Dabei benannte Reinwein das unbehelligte Agieren eines „Dr. Sawade“ als ein Beispiel für Irregularitäten in der schleswig-holsteinischen Justiz, so dass Ministerien und Justiz Anfang November 1959 Nachprüfungen, eine verzögerte Fahndung sowie die Festnahme Heydes in Gang setzten. Diese Sensation um den untergetauchten Massenmörder und die unklare Zahl seiner Mitwisser und Helfer in höchsten Rängen sorgte nun dauerhaft für Schlagzeilen.

Für die „Frankfurter Rundschau“ hatte dabei der Redakteur Volkmar Hoffmann inoffiziell den CDU-Abgeordneten Dr. Walther Böttcher als seinen Informanten gewinnen können. So formulierte Hoffmann in

der „Frankfurter Rundschau“ vom 20.11.1959 unter der Überschrift „Der Justizminister macht die Schotten dicht – Schweigemauer in Schleswig-Holstein um SS-Arzt Heyde – von Hassel wußte Bescheid“ u.a. folgenden Satz: „Selbst Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel (CDU) und Kultusminister Osterloh (CDU) – oder gar das ganze Kabinett? – wußten seit mehreren Monaten, daß sich unter dem Namen Dr. Sawade der steckbrieflich gesuchte Euthanasiearzt und SS-Standartenführer Professor Werner Heyde verbarg, ohne sofortigen Eingriff für nötig zu halten.“

Waren auch Politiker eingeweiht?

Osterloh und von Hassel stellten umgehend Strafantrag gegen Hoffmann und reichten eine Klage auf Unterlassung und Widerruf ein. In dieser Situation beantragte



die SPD-Landtagsfraktion kurzfristig für die Sitzung am 30.11.1959 die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Affäre Heyde/Sawade und dessen Mitwisser, den wiederum Ministerpräsident von Hassel vehement ablehnte. Folgerichtig verweigerten die Regierungsfractionen von CDU und FDP die Anerkennung der Dringlichkeit gegen die Stimmen der Opposition (bei Enthaltung des umstrittenen BHE-Abgeordneten und Kriegsverbrechers Heinz Reinefarth).

Über diese Ablehnung erregte sich der SPD-Abgeordnete und Flensburger Journalist Jochen Steffen am 30.11.1959 in seiner Plenarrede mit den Sätzen: „Das ist doch der Tatbestand, daß in den Kreis der Behauptungen schuldhaften Verhaltens nicht nur Beamte, sondern auch Personen des öffentlichen Lebens – und zwar solche, die in der Regierung sitzen, – einbezogen worden sind. (...) Hier erhebt sich doch die Frage der Mitwisserschaft, ja, sogar der Begünstigung.“ In seinem Publikationsorgan „Flensburger Presse“ setzte Steffen am 3.12.1959 unter der Überschrift „Der Fall Heyde beginnt politisch zu stinken“ nach: „Wer jedoch die Presse verfolgt hat,

Für Kultusminister Edo Osterloh (CDU) wurde die Auseinandersetzung mit Schuld und Verantwortung für die nationalsozialistische Terrorherrschaft zum inneren Konflikt. Er wählte am 25. Februar 1964 den Freitod. Osterloh war leiblicher Onkel und Patenonkel der Journalistin und späteren RAF-Terroristin Ulrike Meinhof, die über den Fall Heyde/Sawade für die linke Zeitschrift „konkret“ berichtete.

dem ist sonnenklar, daß unter den Beschuldigten sich auch Politiker befinden (...). Es wird noch festzustellen sein, wer von den Abgeordneten in eigener Sache abgestimmt hat, als die Dringlichkeit des Untersuchungsausschusses verneint wurde.“

Diese beiden Äußerungen Steffens boten den Regierungsfractionen von CDU und FDP die Handhabe, auf der folgenden Landtags-sitzung am 14.12. 1959 zwar dem 1. Parla-mentarischen Untersuchungsausschuss zur Heyde/Sawade-Affäre zuzustimmen, aber zugleich einen zweiten zu der Frage einzu-setzen, welche Unterlagen der Journalist und SPD-Abgeordnete hätte, um derartige Be-hauptungen aufzustellen.

**Aussage wurde
„falsch gedeutet“**

Bereits zu diesem Zeitpunkt hatte Heyde in ersten staatsanwaltschaftlichen Vernehmungen erklärt, angeblich Kenntnis von einer Be-sprechung zwischen Buresch, Innenminister Lemke und Generalstaatsanwalt Voß in sei-ner Angelegenheit, von deren sogenanntem Stillhalteabkommen sowie von dem Wis-sen um seine Doppelidentität auf „höchster Ebene“ zu haben. Dies wiederholte Heyde auch bei weiteren Verhören Anfang 1960, so dass aus dieser Phase der Ausspruch eines da-mals vernehmenden Staatsanwalts „Also, das Schwein belastet ja alle die, die ihm geholfen haben!“ überliefert wurde. Dies berichtete der



Jochen Steffen, Journalist und später SPD-Fraktions- und Landesvorsitzender, griff führende Köpfe in Verwaltung und Politik in der Heyde/Sawade-Affäre scharf an. Der „rote Jochen“ galt als Linksaußen in den Reihen der Sozialdemokraten.

PUA-Zeuge (und Landessozialgerichtsrat) Dr. Max Meinicke-Pusch in der nicht-öffentli-chen Sitzung am 10.12. 1960.

Ab dem Frühjahr 1960 und mit Beginn des PUA versiegte allerdings Heydes Bereitschaft zur Auskunft, wie dann auch die meisten anderen Zeugen auffällig an Erinnerungs-schwäche litten, lediglich ihr unzweifelhaft nachweisbares Wissen einräumten und meist gewagte Interpretationen konstruierten, wes-halb sie das Doppelleben des steckbrieflich gesuchten Massenmörders nicht zwingend in ihren Behörden hätten melden müssen.

Unter diesen Umständen konnte der SPD-Abgeordnete Steffen lediglich den Chef-reporter der „Revue“ und Redakteur der „Frankfurter Rundschau“, Horst Winzker-Miska, als seinen Gewährsmann anführen. Dieser legte am 25.5.1960 dem PUA die Interview-Notizen von seiner Quelle Del-brück mit dessen Bestätigung vor, er hätte im Herbst 1959 Innenminister Lemke, der ihn als Vermittler zu Prof. Reinwein gesandt hatte, von der dabei enthüllten Doppelidentität Sawades berichtet. In der direkten Konfronta-tion im PUA widersprach Delbrück aber die-sem Zeugen und behauptete, dass Winzker-Miska den Wortlaut seiner anders gemeinten Antworten falsch gedeutet hätte. Für derarti-ge Missverständnisse aus unterschiedlichen Gesprächsintentionen heraus brachten die meisten Mitglieder im Ausschuss laut den Protokollen viel Verständnis und Nachsicht auf.



Kai-Uwe von Hassel (CDU) war schleswig-holsteinischer Ministerpräsident von 1954 bis 1963, anschließend Bundesverteidigungs-minister und Bundestagspräsident. Gegen den Verdacht, er habe frühzeitig von der Doppel-identität des SS-Arzt Heyde/Sawade gewusst, setzte er sich vehement zur Wehr.

**Mindestens 46 Personen
wussten Bescheid**

Unter diesen Bedingungen konnten im Lauf des Jahres 1960 aber weder Steffen noch der „FR“-Journalist Hoffmann ihre Vorwürfe gegen Mitglieder der Kieler Landesregierung erhärten oder zweifelsfrei belegen. Letzterer wurde deshalb im November 1960 wegen „übler Nachrede gegen einen Politiker“ zu sechs Monaten Gefängnis auf Bewährung bzw. 2.000 DM Geldbuße sowie zu öffentli-chen Widerruf zugunsten Osterlohs und von Hassels verurteilt. Damit war Hoffmann der Einzige, der im Zusammenhang mit dem Skandal strafrechtlich verurteilt wurde, zu-mal bei anderen direkt Beteiligten in späte-ren Jahren dienstrechtliche Verfahren oder Anklagen meist hintertrieben, aufgeschoben oder schließlich aufgegeben wurden.

Zum Abschluss der beiden Untersuchungs-ausschüsse Heyde/Sawade konstatierte der Kieler Landtag am 27.6.1961, dass Steffens öffentliche Behauptungen sich als Vermu-tungen erwiesen und durch die Beweisauf-nahmen nicht erhärtet hätten. In einem inhaltlich eher oberflächlichen Abschluss-bericht zog das Parlament den Schluss: „Der größte Teil der Wissensträger hat durch sein Verhalten gezeigt, daß es ihm an dem not-wendigen Staatsbewußtsein gefehlt hat.“

Ernüchternder lautete die Bilanz, die Klaus-Detlev Godau-Schüttke 1998 in seiner maßgeblichen Untersuchung „Die Heyde/Sawade-Affäre. Wie Juristen und Mediziner den Euthanasieprofessor Heyde nach 1945 deckten und straflos blieben“ zog: „94 Per-sonen – Richter, Staatsanwälte, Ministerial-beamte, Medizinalbeamte und Professoren der Medizin – wurden im Rahmen inoffizi-eller bzw. förmlicher Ermittlungen zu ihrem Wissen über den Massenmörder befragt. Zumindest 46 von ihnen hatten positive oder gerüchteweise Kenntnis von Heydes/Sawades falschem Namen, seiner Identität mit Prof. Heyde und den gegen ihn erhobe-nen Beschuldigungen. Es steht zu vermuten, daß dieser Personenkreis weitaus größer war, denn nicht wenige von ihnen verstanden es, sich den staatsanwaltschaftlichen Ermittlun-gen zu entziehen.“

Heyde selbst blieb ganz im Interesse seiner Mitwisser und Helfer bei seinem Schweigen und entzog sich kurz vor seiner Hauptver-handlung in Frankfurt trotz Gefängnis-bewachung im Februar 1964 durch Selbst-mord.

Dr. Ulrich Erdmann
(www.erdmann-kiel.de)

Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

Pferdesteuer: Der Landtag hat im Februar einen Passus ins Kommunalabgabengesetz aufgenommen, der es den Kommunen untersagt, eine Pferdesteuer zu erheben. „Eine Steuer auf das Halten oder entgeltliche Nutzen von Pferden darf nicht erhoben werden“, heißt es jetzt in dem Gesetz. Alle Fraktionen stimmten zu. In der Begründung wird die besondere Bedeutung des Pferdesports für Kinder, Jugendliche und Freizeitreiter betont: „Gerade im Geiste der landesverfassungsrechtlichen Staatszielbestimmung der Förderung des Sports soll es nicht einzelnen Städten und Gemeinden überlassen bleiben, aus haushalterischen Überlegungen, den Reitsport durch Steuern zu belasten.“ Der Landtag reagierte damit auf einen Beschluss der Gemeinde Tangstedt im Kreis Stormarn, die im Juli 2017 als bislang einzige Kommune im Norden eine Pferdesteuer eingeführt hatte. Rund 500 Pferde wurden dort registriert, aber es wurden noch keine Steuerbescheide verschickt. Denn gegen die Abgabe von 150 Euro pro Pferd und Jahr haben Reiter eine Normenkontrollklage vor dem Oberverwaltungsgericht in Schleswig eingereicht.

Waldkindergärten: Die Landesregierung hat dem Parlament im Februar einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem sie die rund 200 Waldkindergärten in Schleswig-Holstein juristisch besser schützen will. Eine neue Passage im Landeswaldgesetz soll dafür sorgen, dass Unterstände für Waldkindergärten nicht als bauliche Anlagen angesehen werden. Das Baurecht hatte in der Vergangenheit für Konflikte mit den Bauplanungsbehörden gesorgt. Einigen Waldkitas wurde die Erlaubnis entzogen, einen Bauwagen als Schutz vor Regen aufzustellen. Mit der geplanten Gesetzesänderung soll klargestellt werden, dass Waldkindergärten mit bestehenden Flächennutzungsplänen vereinbar sind und eine Änderung der Bauleitplanung im Regelfall nicht nötig ist. Die Ausschüsse Umwelt und Agrar sowie Soziales bereiten die Zweite Lesung vor.

Zuschüsse an die Kommunen: Das Land will Städten, Gemeinden und Kreisen in den kommenden Jahren erheblich mehr Geld überweisen, insbesondere für Kindertagesstätten und Schulen. Das ist das Ergebnis von monatelangen Verhandlungen zwischen Land und Kommunalvertretern, das Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) dem Landtag im Januar vorstellte. Konkret erhöht das Land bei der Krippenfinanzierung seine Mittel von gut 50 Millionen Euro auf 80 Millionen im laufenden Jahr und auf 95 Millionen im Jahr 2019. Bei den Kindern über drei Jahren wurden Entlastungen in diesem Jahr um 15 Millionen Euro und in den zwei folgenden Jahren um jeweils 20 Millionen vereinbart. Die Landesmittel für Kita-Betriebskosten wachsen im laufenden Jahr auf 265 Millionen Euro und 2019 auf 275 Millionen. 2017 waren es 222 Millionen.

Das Land gibt den Kommunen außerdem in den Jahren 2018 bis 2020 zusätzlich jeweils 15 Millionen Euro für Investitionen. Weitere 50 Millionen Euro fließen in diesem Zeitraum in die Sanierung und den Neubau von Schulen, 7,5 Millionen gibt es für Sportstätten. Während Günther von einem „Meilenstein“ auf dem Weg zur geplanten Reform des kommunalen Finanzausgleiches sprach, bescheinigte Oppositionsführer Ralf Stegner (SPD) der Jamaika-Regierung „Windstille“ bei wichtigen Themen. „Das Geld kommt Ihnen quasi aus den Ohren heraus, aber Sie überdecken damit nur Ihre Konzeptionslosigkeit.“

Flüchtlingsunterbringung: Schleswig-Holsteins Kreise bekommen ihre Ausgaben für Flüchtlingsunterkünfte und Heizung zwischen 2016 und 2018 voll erstattet. Einstimmig machte der Landtag im März den Weg für die dafür notwendigen, von der Landesregierung vorgelegten landesrechtlichen Regelungen zum II. Sozialgesetzbuch frei. Der entsprechende Gesetzesvorstoß billigt auch den Gemeinden oder Ämtern, die sich um die Unterbringung von Flücht-

lingen gekümmert haben, eine Kostenerstattung zu. Hintergrund ist, dass die Kreise einzelne Kommunen oder Ämter für diese Aufgabe heranziehen können.

Volksbegehren und -entscheide: Ohne Unterstützung ist auch in Zweiter Lesung ein AfD-Vorstoß geblieben, das Quorum für Volksbegehren sowie das Zustimmungsquorum für Volksentscheide zu senken. Die in der Landesverfassung verankerten Grenzen seien erreichbar, hatten die anderen Fraktionen im Oktober bei der Ersten Lesung argumentiert. Zudem sollten Volksentscheide die parlamentarische Demokratie ergänzen und nicht ersetzen.

Die AfD hatte dagegen moniert, dass „die Bürger von einer direkten Mitbestimmung ausgeschlossen“ seien und gefordert, bei der Herbeiführung eines Volksbegehrens die bisher notwendige Zahl von 80.000 Unterschriften auf 50.000 zu verringern. Bei einem Volksentscheid hätten statt der bisherigen 15 Prozent nur noch fünf Prozent der Wahlberechtigten zustimmen müssen.

Bürgermeisterkandidaten: Die AfD ist mit den von ihr geforderten Änderungen am Gemeinde- und Kreiswahlgesetz an der breiten Mehrheit des Parlamentes gescheitert. Ziel war es, dass auch ein Politiker, dessen Partei nicht im Gemeinderat vertreten ist, sich um das Amt des Bürgermeisters bewerben kann. Zudem hatte sie AfD festschreiben wollen, dass die Parteizugehörigkeit eines Bürgermeisterkandidaten auf dem Wahlzettel nachzulesen ist. Die Zugehörigkeit eines Bewerbers zu einer Partei sei ein wichtiges Entscheidungskriterium.

Wie die anderen Fraktionen hatte auch Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) bei der Ersten Lesung im Oktober vergangenen Jahres deutlich gemacht, dass er die AfD-Vorschläge ablehnt. Es sei richtig, so Grote, dass nur Parteien, die bereits im Wahlgebiet erfolgreich aktiv sind, ein Vorschlagsrecht haben. Damit werde gewährleistet, dass im Vordergrund einer Bewerbung die lokalen Fragen vor Ort stehen.

Klaus Schlie, Landtagspräsident, ist seit Ende Januar Ritter des nährischen Ordens „Amicii Laetitiae“ („Freunde des Frohsinns“). Der Titel wurde ihm vom Karnevalsverein „Rhenania“ aus Kronshagen bei Kiel verliehen. Die Lobrede hielt seine Vorgängerin in diesem Amt, die ehemalige SPD-Abgeordnete und Ex-Staatssekretärin **Anette Langner**. Der CDU-Politiker ist der 52. Träger des Titels, den auch schon Altbundeskanzler Konrad Adenauer, TV-Moderator Peter Frankenfeld und die ehemalige Ministerpräsidentin Heide Simonis innehatten. Schlie zeigte sich erfreut: „Präsident bin ich schon, jetzt Ritter der Narren. Worauf im Leben soll ich jetzt noch harren?“

Christopher Vogt, seit Dezember Nachfolger von Wolfgang Kubicki als Vorsitzender der FDP-Fraktion, hat auch auf anderen Posten dessen Nachfolge angetreten. Vogt gehört seit Ende Januar dem Parlamentarischen Kontrollgremium für den Verfassungsschutz, dem Gremium zur Überprüfung von eventuellen Wechseln von Ex-Ministern in die Wirtschaft und der G10-Kommission an. Letztere beaufsichtigt die Eingriffe des Verfassungsschutzes in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis nach Artikel 10 des Grundgesetzes. Den Vorsitz dieses Gremiums übernimmt der Grünen-Abgeordnete **Burkhard Peters** von Kubicki. Den FDP-Sitz im Richterwahlausschuss bekleidet nun **Jan-Marcus Rossa**.

Robert Habeck, Umweltminister und zwischen 2009 und 2012 Fraktionschef der Grünen, ist neuer Bundesvorsitzender seiner Partei. Er erhielt Ende Januar beim Bundesparteitag in Hannover 83,3 Prozent der Stimmen. Habeck bildet gemeinsam mit der Brandenburger Bundestagsabgeordnete Annalena Baerbock die neue Doppelspitze der Grünen. Zuvor hatte die Partei ihre Satzung geändert, so dass Habeck acht Monate lang sowohl Parteichef als auch Minister sein kann. Die Ämtertrennung gehört zu den Grundprinzipien der Grünen. Habeck hatte eine solche Übergangsfrist zur Bedingung für seine Kandidatur gemacht: Er wolle sein Ministeramt geordnet übergeben. Dies soll nach Angaben der Landesregierung bis spätestens Ende September geschehen. Seine Nachfolgerin auf dem Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten ist seit Anfang Februar die Finanzministerin und ehemalige Landtagsabgeordnete **Monika Heinold**. Neuer



Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung soll nach Willen der Grünen der Europaabgeordnete **Jan Philipp Albrecht** werden.

Johann Wadephul, ehemaliger CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag und seit 2009 im Bundestag, ist seit Ende Januar stellvertretender Vorsitzender der Berliner Unionsfraktion. Er erhielt 95,7 Prozent der Stimmen und ist insbesondere für die Bereiche Außen- und Verteidigungspolitik zuständig. Der Ex-Landtagsabgeordnete **Gero Storjohann** gehört als neuer Vorsitzender des Arbeitskreises „Petitionen“ ebenfalls dem CDU/CSU-Fraktionsvorstand an.



Christoph Brüning, Jura-Professor an der Kieler Uni, ist neuer Vizepräsident des Landesverfassungsgerichtes. Der Landtag wählte ihn im Februar mit 64 von 70 abgegebenen Stimmen, es gab vier Nein-Stimmen, eine Enthaltung und eine ungültige Stimme. Damit erreichte Brüning die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit. Brüning ist bereits seit 2014 Mitglied des ehrenamtlich tätigen Verfassungsgerichts, seine Amtszeit geht bis 2020. Er löst Hans-Joachim Schmalz ab, dessen Amtszeit als Vizepräsident Ende Januar abgelaufen war.

Ernst Dieter Rossmann, SPD-Landtagsabgeordneter von 1987 bis 1998 und seitdem im Bundestag, ist seit Ende Januar Vorsitzender des 42-köpfigen Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzung.

Marianne Ehlers wurde Mitte März wegen ihres Einsatzes für die niederdeutsche Sprache von Ministerpräsident Daniel Günther mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Die Bordscholmerin ist unter anderem Plattdeutsch-Referentin des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes und Delegierte des Bundesrats für Niederdeutsch. Gäste des Landtages kennen sie von ihren plattdeutschen Führungen durchs Landeshaus. Für die Landtagszeitschrift hat Marianne Ehlers im Jahr 2016 eine niederdeutsche Gedichtserie verfasst.



Runde Geburtstage

Gerhard Poppendiecker aus Heiligenhafen, von 1987 bis 2005 für die SPD im Landtag, hat am 26. Dezember seinen 80. Geburtstag gefeiert.

Rolf Olderog aus Oldenburg, von 1970 bis 1980 für die CDU im Landtag, anschließend bis 1998 im Bundestag, hat am 29. Dezember seinen 80. Geburtstag gefeiert.

Klaus-Peter Puls aus Reinbek bei Hamburg, von 1992 bis 2009 für die SPD im Landtag, hat am 13. Januar seinen 75. Geburtstag gefeiert.

Neithart Neitzel aus Berlin, von 1975 bis 1983 sowie von 1987 bis 1988 für die FDP im Landtag, hat am 16. Januar seinen 75. Geburtstag gefeiert.

Berndt Steincke aus Heide, von 1996 bis 2005 für die CDU im Landtag, hat am 5. März seinen 75. Geburtstag gefeiert.

Uwe Jensen aus Borgwedel (Kreis Schleswig-Flensburg), von 1979 bis 1988 für die SPD im Landtag, hat am 10. März seinen 75. Geburtstag gefeiert.

Herzlichen Glückwunsch!



Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landtages herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiterinnen der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können. Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111. Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



Christoph Weckenbrock: Schwarz-Grün für Deutschland? Wie aus politischen Erzfeinden Bündnispartner wurden. Bielefeld: transcript Verlag 2017. 254 S.

Für den Politikwissenschaftler Christoph Weckenbrock ist keine andere Beziehung in der deutschen Parteiengeschichte spannender als die zwischen Union und Grünen. Die frühen Grünen lehnten fast alles ab, was den Christdemokraten heilig war: Tradition, Wachstum, Westbindung. Im Gegenzug brandmarkten die Christdemokraten die Grünen als linksradikale und gewalttätige Staatsfeinde. Die Analyse der historischen Annäherung von Union und Grünen vom Ende der 1970er Jahre bis heute eröffnet sowohl einen neuen Blickwinkel auf die Geschichte des Parteiensystems als auch auf die politische Kultur, denn die Kontroversen zwischen den beiden Parteien bildeten fast immer auch die gesellschaftlichen Konfliktlinien in der Bundesrepublik ab.



Christa Dürscheid/Karina Frick: Schreiben digital. Wie das Internet unsere Alltagskommunikation verändert. Stuttgart: Kröner Verlag 2016. 156 S.

Das Schreiben im Internet macht längst einen Großteil unserer privaten Alltagskommunikation aus. Kann die Kommunikation außerhalb des Internets davon völlig unbeeinflusst bleiben? Christa Dürscheid und Karina Frick beschäftigen sich seit Jahren professionell mit diesem Thema und stellen ihre Erkenntnisse mit diesem Essay einem breiten Publikum zur Verfügung. Sie sind sicher, dass das Internet auch in Zukunft unseren Alltag in allen Lebensbereichen mehr und mehr durchdringen wird und schließen ihre Betrachtungen mit den Themen „Öffentliches Trauern online“, „Online-Partnersuche“ und „Online-Shopping“ ab.



Peter Berthold: Unsere Vögel. Warum wir sie brauchen und wie wir sie schützen können. Berlin: Ullstein 2017. 331 S.

Vögel strahlen Schönheit, Anmut und Freiheit aus. Doch sie werden immer weniger. Ihr zunehmendes Verschwinden zeigt, dass es weder um ihren Lebensraum noch um den Lebensraum der Menschen gut bestellt ist. Der renommierte Ornithologe Peter Berthold schlägt Alarm und beschreibt, was wir alle konkret tun können, um unsere Vogelwelt zu erhalten. Mit dem neuen Ansatz „Jeder Gemeinde ihr Biotop“ wirbt er für eine Mischung aus privaten und staatlichen Maßnahmen.

Neue Broschüren

Die Dokumentation des Altenparlaments 2017 ist frisch erschienen. Der mehr als 400 Seiten starke Band enthält die Forderungen der Senioren aus dem vergangenen September sowie die Stellungnahmen der Landtagsfraktionen, der schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten und der Landesregierung. Außerdem ist der Vortrag des ehemaligen niedersächsischen Justizministers Prof. Christian Pfeiffer zum Thema „Kriminalitätsprävention“ nachzulesen. Ebenfalls neu ist die Dokumentation der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus vom 27. Januar. Sie beinhaltet unter anderem die Gedenkrede des Publizisten Klaus-Detlev Godau-Schüttke über den jüdischstämmigen Landtagsabgeordneten, Landesminister und Bundesverfassungsrichter Rudolf Katz.

Beide Bände gibt es kostenlos unter bestellungen@landtag.ltsh.de

Impressum

Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, Düsternbrookweg 70, 24105 Kiel
Tobias Rischer (V.i.S.d.P.)
Tel. 0431/988-1120, tobias.rischer@landtag.ltsh.de
Karsten Blaas (Redakteur)
Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de
Janine Wergin (stellv. Redakteurin)
Tel. 0431/988-1122, janine.wergin@landtag.ltsh.de

Fotos:

Regina Baltschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Janine Wergin, Detlef Ziep, Vivien Albers, Yvonne Windel, Archiv des Landtages, dpa-Bildfunk, Nationaal Archief Den Haag/Wikipedia, Stadtarchiv Kiel (StAKiel-2.3Magnussen-Sig42573, StAKiel-2.3MagnussenSig21456, StAKiel-2.3Magnussen-Sig21488, StAKiel-2.3Magnussen 43674, StAKiel-2.3MagnussenSig21576), Adityo Nugroho/pexels.com, CC0 1.0.1., Bund Deutscher Nordschleswiger, Netzwerk Leichte Sprache, Finanzministerium Schleswig-Holstein, Rainer Sturm/pixelio.de, Siegfried Fries/pixelio.de, Katharina Wieland-Müller/pixelio.de, Hanse-Office Brüssel, Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein, Landesbibliothek, Kröner-Verlag, Transcript-Verlag, Ullstein-Verlag, nd3000/stock.adobe.com, Stockwerk-Fotodesign/stock.adobe.com, Alexander Raths/stock.adobe.com

Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de;
Titelseite: Amatik, Boninstraße 63, 24114 Kiel

Gestaltung, Layout:

Agentur LOADSMAN/I. Schumacher, Arp-Schnitger-Weg 38, 24229 Strande, www.loadsmann.de

Herstellung, Druck:

A. C. Ehlers Medienproduktion GmbH, Wittland 8a, 24109 Kiel

Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)
Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, L1410, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1163, Fax 0431/988-1119, bestellung@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 28. März 2018

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de

Abgeordnete persönlich



Andreas Hein, CDU,
geboren am 29. Dezember 1967
in Heide, evangelisch,
verheiratet, zwei Kinder,
Kraftfahrzeugmechaniker-Meister

Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

Die Gestaltung der Gemeindepolitik in meinem Heimatdorf Tellingstedt – mich einzubringen bei Themen wie Straßenausbau, Schwimmbad, Kita, Ausstattung der Schule, der Feuerwehr und des Sportplatzes etc.

Was wollten Sie als Kind werden?

Bauer und Mechaniker.

Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

Physik und Werken.

Was war Ihr allererster Job?

Als Junge habe ich zehn Jahre auf dem Bauernhof geholfen, dann Kfz-Mechaniker gelernt.

Was macht Sie wütend?

Ungerechtigkeit.

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

Schleswig-Holstein hat schon viel zu bieten, aber für eine tolle Zukunft müssen wir jetzt an den Grundlagen arbeiten: Energie-wende, Infrastruktur, Bildung, ländliche Versorgung – all das ist in einem Flächenland ganz wichtig. Und das Wetter könnte manchmal ein bisschen besser werden, aber wenn Jamaika das auch noch schaffen würde ...



Kerstin Metzner, SPD,
geboren am 28. März 1961
in Penzlin (Mecklenburg),
unverheiratet, zwei Kinder,
Diplom-Bauingenieurin

Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

Das parteiinterne Verfahren zur SPD-Spitzenkandidatur in Schleswig-Holstein in 2010/2011 hatte mein politisches Interesse geweckt. Am Wahlabend der Landtagswahl 2012 fieberten im Landeshaus plötzlich alle um mich herum dem Wahlergebnis der Bürgermeisterwahl in Timmendorfer Strand entgegen. Diese kollektive Begeisterung war für mich der letzte Impuls, selbst politisch aktiv zu werden.

Was wollten Sie als Kind werden?

Ich wollte von der ersten Klasse an Mathelehrerin werden. Auch wenn mir nach einem Stimmtest vom Lehrerstudium abgeraten wurde, hat mich dieser Traum doch mein ganzes Leben begleitet. Noch kurz vor der Landtagskandidatur habe ich damit geliebt-äugelt, als Quereinsteigerin Mathematik zu unterrichten.

Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

Mathematik. So wie andere Sport trieben, ging ich regelmäßig zum Mathezirkel und nahm an Mathematikolympiaden teil. Außerdem mochte ich noch Zeichnen und Fremdsprachen besonders gern.

Was war Ihr allererster Job?

Meinen allerersten Job hatte ich in der Küche eines Ferienlagers. Das war in den Sommerferien von der 9. zur 10. Klasse. Dort mussten wir für über hundert Kinder Kartoffeln schälen, abwaschen, Essen austeilen.

Was macht Sie wütend?

Wütend macht mich, dass Hass und Hetze in unsere höchsten politischen Gremien eingezogen sind. Wütend macht mich die Unverfrorenheit, mit der jene Populisten einfache Lösungen für reale Probleme unserer Zeit anbieten, ohne diese jemals wirklich umsetzen zu wollen und zu können.

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

Natürlich gibt es Vieles in Schleswig-Holstein, was verbesserungswürdig ist. Angesichts der vielen Staus im Land muss meines Erachtens wesentlich mehr dafür getan werden, dass der öffentliche Personennahverkehr attraktiver wird. Die Fahrpreise müssen gesenkt, die Busse und Züge zuverlässiger, das Verkehrsnetz (wieder) dichter werden. Erst dann ist der ÖPNV eine wirkliche Alternative zum Individualverkehr.



Péter Györkös, ungarischer Botschafter in Deutschland, und Eva-Maria Greve, ungarische Honorarkonsulin in Hamburg, kamen Anfang März zum Antrittsbesuch nach Kiel.

Karneval wurde Mitte Februar auch im hohen Norden gefeiert: Am Faschingsdienstag waren Kinderprinzessinnen aus Kiel und Lübeck im Landtag zu Gast, begleitet von Prinzenpaaren aus Kiel, Neumünster, Lübeck, Rendsburg und Marne.



Der Landesmusikrat hat das Cello zum „Instrument des Jahres 2018“ gekürt. Landtagspräsident Klaus Schlie bekam Mitte Januar vom Cellisten und Dirigenten David Geringas eine kurze Einweisung.



Zu Besuch im Landeshaus

Das gelbe U-Boot gehört der Bundesrepublik Rukaruku. Es wurde aber im Hoheitsgewässer der Demokratischen Volksrepublik Anduchenca aufgegriffen. Die dortige Regierung vermutet Spionage, Rukaruku fordert die Rückgabe. Wer hat Recht? Über fiktive Fälle wie diesen diskutierten Anfang März rund 100 Jura-Studenten aus der ganzen Welt bei einem mehrtägigen Planspiel im Landeshaus.



Die Redaktion der Schülerzeitung „GRIPS“ von der Gemeinschaftsschule Probstei in Schönberg (Kreis Plön) belegte Anfang Februar einen ersten Platz beim Schülerzeitungswettbewerb „Kein Blatt vorm Mund“. Weitere Hauptpreise vergab die Jury der Jugendpresse Schleswig-Holstein nach Ahrensburg, Ammersbek (Kreis Stormarn), Flensburg, Husum und Kiel.

Nr. 1/2018 C 2086

Falls Empfänger-Anschrift nicht mehr zu-
treffend, bitte diesen Abschnitt abtrennen
und korrigiert **zurücksenden an:**
Schleswig-Holsteinischer Landtag,
Referat für Öffentlichkeitsarbeit und
Veranstaltungsmanagement, L1410,
Postfach 7121, 24171 Kiel

Termine, Termine, Termine ...

Ausstellung: „digiCULT-Verbund“ bewahrt alte Kulturgüter

Schleswig-Holsteins Museen können ihre Schätze für die Ewigkeit konservieren – mithilfe moderner Computertechnik. Dafür steht der „digiCULT-Verbund“, ein Zusammenschluss von Wissenschaftlern und Archivaren aus mehreren Bundesländern mit Sitz in Kiel. Unter dem Motto „Schätze heben – Kultur sichern“ werden Kulturgüter digitalisiert, dokumentiert und einem breiten Nutzerkreis verfügbar gemacht. Der Verbund kümmert sich um Gemälde und Grafiken ebenso wie

um Möbel, Skulpturen, Minerale, Fossilien, Pflanzen oder archäologische Funde.

Wie das genau funktioniert ist im Juni und Juli im Landeshaus zu sehen. In einer Ausstellung werden Originale sowie deren digitale Kopien präsentiert. Die Schau ist Teil der Reihe „Kulturland Schleswig-Holstein“. Landtag und Investitionsbank geben Kulturinstitutionen aus dem ganzen Land die Möglichkeit, sich im Landeshaus einem breiten Publikum vorzustellen.

Die Ausstellung ist vom 4. Juni bis zum 22. Juli täglich von 10:00 bis 18:00 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich, bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit.



Mehr als 11.000 Gäste im „Herz der Demokratie“

Knapp 11.500 Gäste haben im vergangenen Jahr an den Besuchsprogrammen und Kulturveranstaltungen des Landtages teilgenommen. Das waren rund 1.000 Besucher weniger als im Jahr davor. Grund: Der Landtag konnte wegen der Wahl im Mai weniger Besuchstermine und Diskussionsrunden mit Abgeordneten anbieten.

Für Landtagspräsident Klaus Schlie ist die Statistik ein Erfolg: „Das Parlament ist das Herz der Demokratie, deswegen steht das Landeshaus allen offen. Dass so viele Gäste den Landtag besuchen, zeigt das große Interesse an Politik und Demokratie.“

Beliebt war auch weiterhin der Offene Besucherabend. In der Regel am letzten Montag im Monat können Kurztentschlossene das Landeshaus besichtigen. 2017 kamen 300 Gäste zu den 14 Abendterminen.

Die Termine des Offenen Besucherabends für dieses Jahr: 30. April, 28. Mai, 4. Juni (op Platt), 25. Juni, 27. August, 3. September (op Platt), 24. September, 29. Oktober, 26. November, 3. Dezember (op Platt) – jeweils um 18:00 Uhr.

Ostholsteinische Landschaft in Kiel

Das Gemälde „Buchenwald am Dieksee“ von Hinrich Wrage ist noch bis zum 25. April im Landeshaus zu sehen – zusammen mit rund 25 anderen Werken aus der Gemäldesammlung des Ostholstein-Museums Eutin. Die Ausstellung „Die Landschaft im Blick“ legt den Schwerpunkt auf Ostholstein. Neben älteren Werken von Malern wie Friedrich Loos werden auch Arbeiten zeitgenössischer Künstler wie Klaus Fußmann oder einiger Vertreter der Norddeutschen Realisten gezeigt.

Die Ausstellung, die der Landtag gemeinsam mit der Investitionsbank Schleswig-Holstein ausrichtet, ist täglich von 10:00 bis 18:00 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich, bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit.



Die Bürgerbeauftragte vor Ort

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, ist auch im Frühjahr wieder im Lande unterwegs, um Bürger vor Ort zu beraten.

Donnerstag, 5. April: Lübeck

Dienstag, 17. April: Heide

Donnerstag, 3. Mai: Lübeck

Dienstag, 15. Mai: Heide

Donnerstag, 7. Juni: Lübeck

Dienstag, 19. Juni: Heide

Dienstag, 26. Juni:

Schwarzenbek

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 17:00 Uhr. Termine in **Heide** im Rathaus, Postelweg 1, 11:00 bis 15:00 Uhr. Termin in **Schwarzenbek** im Rathaus, Ritter-Wulf-Platz 1, von 11:00 bis 15:00 Uhr.

Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988-1240. Hinzu kommen die regelmäßigen „Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karolinenweg 1: **jeden Mittwoch** von 15:00 bis 18:30 Uhr.